Rats-Protokoll

über die

ordentliche Sitzung des Gemeinderates der l. f. Stadt Steyr

am 27. Dezember 1918 um 2 Uhr nachmittags.

Tages-Ordnung:

Beratung und Beschlußfassung betreffend den Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der Stadtgemeinde Steyr für das Jahr 1919.

Gegenwärtige:

Vorsitzender: Herr Bürgermeister Gschaider; die Herren Vizebürgermeister Paul Fendt und Josef Wokral als Vorsitzende-Stellvertreter und die Herren Gemeinderäte: Heinrich Bachmayr, Prof. W. Brand, Anton Chalupka, Karl Dedic, Prof. Leopold Erb, Karl Fischer, Prof. Gregor Goldbacher, Ferdinand Gründler, Dr. Karl Harant, Ing. Josef Huber, Ludwig Karl, Hermann Kletzmayr, Franz Kirchberger, Fritz Krottenau, Ignaz Langoth, Karl Mayr, Ludwig Moser, August Mitter, Franz Nothhaft, Hugo Olbrich, Markus Ruckerbauer, Franz Schwertfelner, Franz Tribrunner, Adalbert Vogl und Karl Wöhrer..

Seitens des Stadtamtes: Herr Stadtamtsrat Dr. Franz Habl und Herr Buchhaltungsassistent Rudolf Markut.

Als Schriftführer: Städtischer Protokollführer Karl Ridler.

Entschuldigt abwesend: Die Herren Gemeinderäte Franz Aigner, Josef Haidenthaller, Franz Müller, Viktor Ortler, Alois Zwicker und Hans Witzany.

Der Herr Vorsitzende begrüßt die erschienenen Herren Gemeinderäte, stellt die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates fest und erklärt die Sitzung um 2 Uhr 5 Min. für eröffnet.

Als Beglaubiger dieses Protokolles werden die Herren Gemeinderäte Prof. Leopold Erb und Vizebürgermeister Paul Fendt gewählt.

Herr Bürgermeister: „Meine sehr geehrten Herren! Der Voranschlag für das Jahr 1919 ist laut Kundmachung der Stadtgemeinde-Vorstehung Steyr vom 15. November 1918, Zl. 36.310, durch 14 Tage zur öffentlichen Einsicht aufgelegen und wurde gegen denselben keine Einsprache erhoben. Die Herren Gemeinderäte haben die gedruckten Voranschläge samt den in Abzug beigegebenen Richtigstellungen in Händen und möchte ich nach bisher gepflogener Uebung so vorgehen, daß der Herr Referent die einzelnen Posten des Voranschlages zum Vortrage bringt und ersuche ich die Herren Gemeinderäte, nach Verlesung jeder einzelnen Rubrik, hiezu gegebenenfalls das Wort zu ergreifen. Die eigentliche Abstimmung wird, soweit es sich nicht um Abänderungsanträge handelt, am Schlusse vor der Beratung der Bedeckungsansätze erfolgen, damit nicht während der Sitzung fortwährende Abstimmungen notwendig sind. Als Referent wurde von der Präliminarkommission Herr Gemeinderat Franz Kirchberger gewählt und ersuche ich denselben, mit dem Vortrage des Voranschlages zu beginnen."

Herr Referent G.-R. Kirchberger:

Erfordernis.

I. Gemeindevermögen.

		Antrag für das Jahr 1919
	Auf Zinsen und Kapitalsabzahlungen, u. zwar:	
1.	*Sparkasse in Steyr vom Jahre 1892 . . .	72.940 K
2.	„ „ „ „ „ 1895 . . .	26.680 „
3.	„ „ „ „ „ 1900 . . .	7.660 „
4.	* „ „ „ auf Realität Fuchslucke	— „
5.	Sparkasse Steyr für II. Kriegsanleihe . .	5.500 „
6.	„ „ „ III. „ . .	13.750 „
7.	*Landes-Hypothekenanstalt für Artillerie-Kasernenbau	— „
8.	Landes-Hypothekenanstalt für IV. und V. Kriegsanleihe . .	44.771 „
9.	Landes-Hypothekenanstalt für VII. Kriegsanleihe	102.916 „
10.	Land.-Kom.-Kreditanst. „ IV. „	10.486 „
11.	„ „ „ „ V. „	20.977 „
12.	„ „ „ „ VI. „	78.716 „
13.	„ „ „ „ VIII. „	78.702 „
14.	* „ „ „ „ Krankenhausbau .	— „
15.	*Arbeiterunfallversicherungsanstalt für Arbeiterwohnhausbau	— „
16.	Hinterlegung der Zinsen der unter Gemeindevermögen (Bedeckung) Post Nr. 6 bis 16 bezeichneten Fonde	123.261 „
17.	Leibrenten aus dem Leopold Werndlfond . .	6.380 „
18.	Ankauf von Kriegsanleihe	— „
19.	Dotation an die außerordentliche Reserve für Kriegsfolgen	— „
20.	*Reserve der Stadtkasse für Arbeiterwohnhausbau	— „
21.	*Reserve der Stadtkasse für Zubau zur Jägerkaserne	— „
	Fürtrag .	592.739 K

* Siehe unter Rubriken II, VI, VIII, IX, XIX.

Bedeckung.

I. Gemeindevermögen.

		Antrag für das Jahr 1919
	Zinsen und sonstige Erträgnisse von:	
1.	Staatsobligationen	1.432 K
2.	Oesterr.-ung. Bankaktien	2.000 „
3.	Steyrtalbahnaktien	12.124 „
4.	Privatkapitalien	290 „
5.	Postsparkasseneinlage	20 „
6.	Reserve der Stadtkasse	72.500 „
7.	Außerordentliche Reserve für Kriegsfolgen .	17.821 „
8.	Umlagenausfallreserve	15.600 „
9.	Kasernbaudarlehensrest	5.045 „
10.	Brückenerhaltungsfond	2.289 „
11.	Pensionsfond der Angestellten	147 „
12.	Arbeitslosenfürsorgefond	506 „
13.	Spitalskyfond	8.094 „
14.	Fond für Porphyritschotterbeschaffung . . .	385 „
15.	„ „ Pflasterungsarbeiten	800 „
16.	Schuldforderung auf Haus Nr. 154 in der Sierningerstraße	74 „
17.	I. Kriegsanleihe	3.520 „
18.	II. „	7.150 „
19.	III. „	13.750 „
20.	IV. „	27.500 „
21.	V. „	55.000 „
22.	VI. „	82.500 „
23.	VII. „	110.000 „
24.	VIII. „	82.500 „
25.	Leopold Werndlfond	6.380 „
26.	Angelegte Kassebarschaften	1.500 „
27.	Kriegsanleiheüberschußfond	— „
	Fürtrag .	528.927 K

Uebertrag .	592.739 K
22. *Reserve der Stadtkasse für den Kanal in der Damberggasse	— „
23. *Kasernbauunkostenfond für Ankauf der Straßenwalze	— „
24. *Spitalskyfond für Realschulaufbau	— „
25 *Reder Karl für Grundkauf Schlachthaus . .	— „
26. Kasernenbauunkostenfond für I. Kriegsanleihe	— „
27. Kasernenbaudarlehensrest „ I. „	— „
28. Umlagenausfallreserve „ I. „	— „
29. Bank für Oberösterreich und Salzburg für IV. und V. „	— „
Summe .	592.739 K

* Siehe unter Rubriken II, VI, VIII, IX, XIX.

Uebertrag .	528.927 K
28. Schuldscheine der Landes-Kom.-Kreditanstalt (zur IV. Kriegsanleihe)	— „
29. Schuldscheine der Landes-Kom.-Kreditanstalt (zur V. Kriegsanleihe)	— „
Summe .	528.927 K

Erfordernis.

II. Gebäude- und Grundbesitz.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Gebührenäquivalent	1.600 K
2. Gebäudeerhaltung	30.000 „
3. Steuern und Umlagen	10.025 „
4. Versicherungen	2.000 „
5. Gebäude- und Grundankauf	25.000 „
6. Waldaufsicht	600 „
7. Durchlaufende Zinsungen	160 „
8. An Sparkasse Steyr für die Schuld auf die Realität „Fuchslucke"	440 „
9. An Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt für Arbeiterwohnhaus	4.992 „
10. Verschiedene Ausgaben	100 „
11. An Reserve der Stadtkasse für Arbeiterwohnhaus	— „
12. An Reder Karl für Schlachthausgrundkauf .	— „
Summe .	74.917 „

Bedeckung.

II. Gebäude- und Grundbesitz.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Abgabe für Straßenbenützung zwecks Licht- und Kraftabgabe	7.000 K
2. Mietzinseinnahmen	30.308 „
3. Pachtzinseinnahmen	1.900 „
4. Erträgnis des städtischen Waldbesitzes . .	200 „
5. Erlös für verkaufte Gebäude und Grundstücke	200 „
6. Verschiedene Rückersätze	1.000 „
7. Durchlaufende Zinsungen von Naturalwohnungen	1.592 „
Summe .	42.200 K

Erfordernis.

III. Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Personalauslagen und Mautkontrolle . . .	13.000 K
2. Mietzinse für Mautnerwohnungen und Instandhaltung	4.000 „
3. Drucksorten	800 „
4. Gehsteig an der Eisenbahnbrücke	400 „
5. Erhaltung der Marktplätze und Requisiten .	1.500 „
6. Rentensteuer	106 „
Summe .	19.806 K

Bedeckung.

III. Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Pflaster- und Brückenmautgebühren	10.000 K
2. Markt- und Waggefälle, Schweinerechenertrag	2.000 „
3. Länd- und Haftgefälle am Ennsufer . . .	60 „
4. Ertrag der Jahrmärkte und Schaubuden außer der Marktzeit	2.000 „
5. Gefälle der Alpinen Montan-Gesellschaft . .	991 „
6. Gehsteg an der Eisenbahnbrücke	710 „
7. Markthüttenvermietung	200 „
8. „ besitzveränderungsgebühren . .	— „
9. Jagdpacht	350 „
Summe .	16.311 K

Erfordernis.

IV. Gemeindeverwaltung.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Funktionsgebühren der Bürgermeister . . .	8.400 K
2. a) Personalauslagen	181.509 „
b) Ruhe- und Versorgungsgenüsse	70.882 „
3. Belohnungen und Aushilfen	3 000 „
4. Gehaltsvorschüsse	4.000 „
5. Gebühren für besondere Dienstleistungen . .	14.000 „
6. Reiseauslagen	6.000 „
7. Wahlauslagen	3.000 „
8. Vertreterauslagen	400 „
9. Kanzleiauslagen	9.000 „
10. Bücher, Gesetzblätter, Zeitungen, Inserate, Buchbinderkosten	15 000 „
11. Drucksorten	20.000 „
12. Post-, Telegraphen- und Telephonauslagen .	6.000 „
13. Beheizung der Amtsräume	7.000 „
14. Beleuchtung „ „	4.000 „
15. Reinigung „ „	4.000 „
16. Einrichtung „ „	5.000 „
17. Personaleinkommensteuer der Angestellten . .	6.000 „
18. Verwaltungskostenvorschüsse	1.000 „
19. Auslagen für das Arbeitsvermittlungsamt .	5.000 „
20. Voraussichtliche Mehrauslagen	50.000 „
21. Kassegebahrungsfond	— „
Summe .	423.191 K

Bedeckung.

IV. Gemeindeverwaltung.

	Antrag für das Jahr 1919
1. Verwaltungsgebühren der Stiftungen . . .	1.400 K
2. Gebühren für die Verleihung des Bürgerrechtes	100 „
3. „ „ „ Aufnahme in den Gemeindeverband	100 „
4. Pensionsbeiträge der städtischen Angestellten	— „
5. Gehaltsvorschuß-Rückersätze	4.000 „
6. Personaleinkommensteuer-Rückersätze	— „
7. Verwaltungskostenvorschuß- „	1.000 „
8. Verschiedene Verwaltungseinnahmen, Erlös für Drucksorten	700 „
9. Einnahmen für das Arbeitsvermittlungsamt	300 „
10. Kassegebahrungsfond	— „
Summe .	7.600 K

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Die Beratung des Voranschlages gibt im Verwaltungsjahre die einzige Gelegenheit zur Post „Gemeindeverwaltung" zu sprechen und uns nicht nur mit Erledigung der Tagesfragen, sondern auch mit dem vertraut zu machen, was für die Zukunft notwendig ist, damit die gesunde Entwicklung der Stadt vor sich gehen kann. Vor allem drängt sich die Frage der kommunalen Betriebe auf, worüber sich der Gemeinderat klar werden muß, ob diese kommunalen Betriebe nicht aus den privaten Händen in den Eigenbetrieb der Stadtgemeinde übergehen sollten. Wir haben uns allerdings vor einiger Zeit gelegentlich der Beleuchtungsfragen mit dem Elektrizitäts- und Gaswerke beschäftigt, sind aber infolge des Umstandes, daß hier bereits Privatunternehmen vorhanden sind, mit denen wir unter allen Umständen rechnen mußten, nicht in die Lage versetzt gewesen, sich endgültig zu entscheiden, ob solche Betriebe, die für das öffentliche Interesse von so ungeheurer Bedeutung sind, in den Eigenbetrieb der Gemeinde übernommen werden könnten. Durch die Verträge, besonders durch den unglückseligen Gaswerksvertrag, sind uns zur allfälligen Entscheidung direkt die Hände gebunden. Es haben sich aus diesen Verträgen Verhältnisse entwickelt, über die sich der Gemeinderat grundsätzlich wird entscheiden müssen. Bei diesen Entscheidungen muß aber unter allen Umständen der Gesichtspunkt im Auge behalten werden, daß nur das Interesse der Allgemeinheit gewahrt wird

ohne Rücksicht darauf, daß einzelne Gruppen der Gemeinde ihre Interessen etwa verletzt fühlen. Unsere Auffassung als Sozialdemokraten geht dahin, daß wir auf jeden Fall und auch dann, wenn sich einzelne durch die Tätigkeit des Gemeinderates irgendwie verletzt fühlen, nur das Gesamtwohl in allen diesen Fragen im Auge behalten müssen. Ich habe dies deshalb gestreift, weil vielfach unter den einzelnen Gewerbetreibenden die Auffassung vorhanden ist, daß, wenn die Gemeindevertretung hiezu Stellung nimmt, in erster Linie nur der Schutz des Gewerbes in Betracht kommen soll. Wir sagen aber, wenn allgemeine Interessen in Betracht kommen, können wir nicht immer Rücksicht auf kleine Interessentengruppen nehmen.

Ich möchte weiters darauf verweisen, daß die Lösung der Beleuchtungsfrage, des Baues eines Schlachthauses, eines Lagerhauses, Fragen sind, die allerdings schon lange besprochen worden sind, aber leider durch eine Reihe von Umständen nicht recht vom Fleck kommen konnten und betone ich auch hier, daß bei diesen Durchführungen immer wieder das allgemeine Wohl und nicht die Interessen einzelner Personen maßgebend sein dürfen. Wir haben während des Krieges gesehen, welche ungeheure Bedeutung solche Einrichtungen für uns gehabt hätten und müssen trachten, so bald als möglich zu diesen Einrichtungen zu kommen. Wir Sozialdemokraten sagen, daß wir uns nicht damit begnügen dürfen, nur den Wunsch nach solchen Einrichtungen auszusprechen, sondern daß wir zum Wohle der Allgemeinheit noch vieles werden wirklich durchführen müssen, wenn auch die Kosten hiefür nicht immer aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden können, sondern eventuell auch noch Mittel hiezu aufgenommen werden müssen. Die Einrichtungen werden geschaffen werden müssen, weil sie zur Entwicklung der Stadt unumgänglich notwendig sind. Ich habe dies deshalb zum Ausdrucke gebracht, weil wir uns klar sein müssen, daß unsere Beratungen zu einem Beschlusse mit dem Gesichtspunkte führen müssen, daß wir uns nicht selbst den Weg für die Zukunft verrammeln, sondern trachten, alles bisher Versäumte für die Allgemeinheit durchzuführen.

Zur Straßenpflege möchte ich kurz bemerken, daß die Art, wie unsere Straßen gepflegt werden, auf die Dauer nicht haltbar ist. Unsere Straßenpflege bildet vielfach einen Teil unserer Armenversorgung; die verwendeten Leute sind meist Armenhäusler, infolgedessen gar nicht arbeitsfähig. Es wird unbedingt notwendig sein, die Straßenpflege auf einen ganz anderen Grundsatz aufzubauen. Es geht nicht an, daß man Gemeindearbeiten als einen Teil der Armenpflege auffaßt. Der Gemeinde verursacht diese Art der Straßenpflege kolossale Auslagen, ohne daß die Armen irgendwie befriedigt werden könnten. Es muß daher unbedingt eine ständige arbeitskräftige Gruppe von Gemeindearbeitern geschaffen werden, die die Gemeinde jederzeit zur Verfügung hat, damit man sich endlich von dieser heute bestehenden Art der Armenpflege durch Verwendung von Gemeindearmen zu Straßenarbeiten losmacht.

Eine weitere Frage ist die des Pensionsfondes der Gemeindeangestellten. Wir finden im Voranschlage für die Post 2 b, „Ruhe- und Versorgungsgenüsse", auch für das Jahr 1919 den Betrag von 70.000 *K*, eine Auslage, die alljährlich wiederkehrt und von Jahr zu Jahr steigt; diese sollte eigentlich nicht aus den laufenden Einnahmen bestritten werden, sondern es sollte ein Fond geschaffen werden, aus dessen Zinsen diese Ruhe- und Versorgungsgenüsse gedeckt werden, damit endlich dieser jährliche hohe, das Budget belastende Betrag aus dem Voranschlage herauskommt.

Eine weitere sehr wichtige Frage ist die der Aufbringung der Mittel der Gemeinde. Bisher ist die Gemeinde in ihren Steuervorschreibungen an die Vorschreibung der staatlichen Erwerbsteuer und der direkten Steuer gebunden. Die Folge davon ist, daß eine ständige Aenderung und Schwankung der Einnahmen der Gemeinde eintritt, die mit den Bedürfnissen der Stadt in Widerspruch steht und auf welche sie keinen Einfluß hat. Wir sind der Auffassung, daß es für die Zukunft notwendig wird, für die Gemeinde eigene Steuern zu schaffen, damit wir von der Umlagenwirtschaft möglichst unabhängig sind und unseren Haushalt so einrichten können, wie wir ihn eigentlich brauchen. Wir haben während des Krieges gesehen, daß durch den Krieg eine Reihe von Gemeinden ganz bedeutend in Mitleidenschaft gezogen worden sind, weil die Industrie in manchen Gemeinden vollständig darniederlag. Die Staatssteuern sanken dementsprechend und damit auch die Einnahmen dieser Gemeinden. Nun sind wir am Ende des Krieges und werden die Folgen desselben auch in Steyr, wo die Waffenindustrie während des Krieges ihre höchste Stufe erreichte, durch den Niedergang dieser Industrie zu spüren bekommen, da die Staatssteuern bedeutend sinken und damit auch die Umlageneinnahmen der Gemeinde einen bedenklichen Tiefstand erreichen werden. Aus dieser Ursache ist es auch für Steyr notwendig, daß die Gemeinde eigene Gemeindesteuern einführt. Wenngleich natürlich diese eigene Gemeindesteuer heute noch nicht vom Gemeinderate beschlossen werden kann, so ist es doch wichtig, daß sich der Gemeinderat heute schon grundsätzlich damit vertraut macht und in diesem Sinne auf die maßgebenden Körperschaften in der Regierung einwirkt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich weiters darauf verweisen, daß die rechtzeitige Vorlage der Gemeinderechnung noch immer ein besonderes Schmerzenskind ist; wir haben heute noch immer nicht den Rechenschaftsbericht des Jahres 1917, sondern erst vor kurzem die Rechenschaftsberichte der Jahre 1915 und 1916 erhalten. Es ist aber etwas wesentlich anderes, wenn ich neben dem Voranschlage des kommenden Jahres den Jahresbedarf des Vorjahres ausgewiesen erhalte, da aus den bloßen Ziffern des Erfolges nichts entnommen werden kann. Es können in dem Erfolge des Jahres 1917 eine ganze Reihe von Ueberschreitungen enthalten sein, Ueberschreitungen, die vielleicht gar nicht notwendig waren; es ist gewiß auch manches unterblieben, was durchzuführen wichtig wäre. Ich würde sehr großen Wert darauf legen, daß endlich unsere Forderung, daß künftig gelegentlich der Beratung des Voranschlages schon der Rechenschaftsbericht des Vorjahres vorliegt, erfüllt wird. Ich zweifle nicht, daß in der Buchhaltung fleißig gearbeitet wird; wenn die gegenwärtigen Kräfte der Stadtbuchhaltung aber die Arbeit nicht bewältigen können, so müssen eben Hilfskräfte angestellt werden; das sind natürlich Dinge, die intern zu besprechen sind.

Weiters habe ich eine Sache zu besprechen, zu der ich aber vorausschicke, daß die Angelegenheit nicht persönlich gemeint ist. Die Stellung des Bürgermeisters ist nach unserem Gemeindestatut eine ganz eigenartige. Der Bürgermeister steht über alles, er wird mit der ungeheuerlichsten Verantwortung beladen, wir finden überall der Bürgermeister, der Bürgermeister und überall der Bürgermeister; dieser soll alles in einer Person und ein Mann sein, der als Verwaltungsorgan alles allein erledigen und von dem alles verlangt werden kann.

Durch die Autonomie der Stadt erwachsen ihm die Agenden eines Bezirkshauptmannes, also eine so bedeutende Belastung, die die Frage aufwirft, ob es nicht möglich wäre, irgend eine Form zu schaffen, die zum Ausdruck bringt, daß der Herr Bürgermeister zwar der Leiter aller Gemeindegeschäfte ist, aber seine Funktion nicht mit einer Form ausgestattet wird, die eher einem Kommandanten als einem Leiter derselben gleichkommt. Ich möchte auch über den Voranschlag etwas bemerken. Nach der Bestimmung des Gemeindestatutes hat der Bürgermeister den Voranschlag zu unterbreiten. Es würde vielleicht dem Bürgermeister eine Last abgenommen und wäre es auch für die Zusammenstellung des ganzen Voranschlages praktisch, wenn der Herr Bürgermeister den Voranschlag nicht allein vorzulegen hätte, sondern wenn die Sektionsobmänner und des Gemeinderatspräsidiums den Voranschlag durchberaten würden und derselbe dann erst dem Gemeinderate vorgelegt wird. Dadurch würde ein einheitlicher, auf die Parteien Rücksicht nehmender Guß des Voranschlages entstehen und außerdem dem Bürgermeister eine Beihilfe gegeben, die ihm einen Teil seiner Last abnimmt. Auch bezüglich der Beratungen in den Sektionen sind wir der Auffassung, daß es nicht praktisch ist, wenn in denselben nur der Bürgermeister den Vorsitz zu führen hat. Wir sagen uns, daß es besser wäre, wenn trotzdem im Beisein des Bürgermeisters, der ja mitbestimmend in die Beratungen eingreifen kann, der Sektionsobmann den Vorsitz inne hätte und die Referate auf die einzelnen Mitglieder der Sektion verteilt würden. Es würde gut sein, wenn jeder Herr Gemeinderat nach seinem besten Wissen und Gewissen und je nach seinen Fähigkeiten mitarbeitet und es soll gerade dadurch jedem Herrn die Gelegenheit geboten sein, in dem zu arbeiten, für was er sich eignet und für was er besonders befähigt ist, was aber bei der heutigen Gepflogenheit, wo nur der Sektionsobmann das Referat zu führen hat, nicht so zum Ausdruck kommen kann. Die Sektionen würden nach meinem Vorschlage besser arbeiten können als bisher.

Weiters möchte ich mir noch erlauben, bezüglich der Arbeitsvermittlung und der Wohnungsnot auf folgendes zu verweisen.

Die Gemeinde hat vor kurzem ein Arbeitsvermittlungsamt errichtet und damit einem Bedürfnisse abgeholfen. Zu beheben bleibt noch die Wohnungsnot. Die Wohnungsnot ist so arg, daß Leute in Wohnungen leben müssen, die einer menschlichen Behausung Hohn sprechen und als solche vom sanitären Standpunkte aus als Wohnungen vollkommen ungeeignet sind. Wir müssen deshalb wünschen, daß man sich mit einer großzügigen Wohnungspolitik befasse. Grundsätzlich wäre daher zu beantragen, daß schon in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen beschlossen werde, die Wohnungsfürsorge dem Arbeitsvermittlungsamt anzugliedern, wo die Anmeldung freier Wohnungen erfolgen soll.

Schließlich will ich meinen schon im Vorjahre gelegentlich der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1917 ausgesprochenen Wunsch auf Anlegung einer kommunalen Bücherei erneuern. Eine solche Bücherei wäre geeignet, verschiedenen Herren, die nicht so viele Gelegenheit hatten, sich bisher mit kommunalen Angelegenheiten zu befassen, ein Nachschlagewerk zu sein. Die sonst im freien Handel bekömmlichen Bücher sind meist für den Einzelnkäufer sehr teuer und ist es nicht jeden möglich und auch nicht jedermanns Sache, einige 100 *K* für etwas auszugeben, was er vielleicht nur kürzere oder längere Zeit braucht. Es möge daher eine für alle Herren des Gemeinderates gleich zugängliche kommunale Bücherei angelegt werden.

Endlich muß ich sagen, daß unsere bisherige Gemeindeverwaltung uns gewiß keinen Anlaß zu besonderer Begeisterung gegeben und man sich schlecht und recht durchgefrettet hat. Wir wünschen, daß in Zukunft etwas mehr geschieht, auch auf die Gefahr hin, daß einzelne unserer Einwohner sich vielleicht nicht damit einverstanden erklären, wenn die Gemeinde irgend etwas, vielleicht in der Wohnungspolitik, unternimmt, sagen wir in Grundkäufen zur Wohnungsfürsorge, gegen welche von Einzelnen aus persönlichen Rücksichten Stellung genommen werden wird. Ich wiederhole, wenn es zum Wohle der Allgemeinheit geschieht, muß der Gemeinderat über die Interessen gewisser separater Gruppen hinweggehen. Einen Abänderungsantrag der in den

Voranschlag eingestellten Ziffern will ich nicht stellen, ich wollte nur die Gelegenheit benützen, um das zum Ausdrucke zu bringen, was ich für die nächsten Aufgaben der Gemeindeverwaltung für nützlich halte."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Herr Vizebürgermeister Wokral hat in ganz allgemeinen Umrissen ohne Rücksichtnahme auf spezielle Bedürfnisse über einzelne Dinge des Budgets gesprochen. Er sagt, daß eine Voraussicht für die Zukunft unbedingt notwendig sei. Ich stütze und bekräftige diese Worte, muß aber beifügen, daß es auch der frühere Gemeinderat, so lange er am Ruder war, daran gewiß nichts fehlen ließ. Ich glaube es wird kaum möglich sein und es war auch Herrn Vizebürgermeister Wokral, wie ich aus den Ausführungen zu entnehmen die Ehre habe, nicht möglich, uns nach irgend einer Richtung hin aufzufordern, etwas anzubahnen, was nicht schon der verflossene Gemeinderat nicht nur ins Auge gefaßt, sondern auch begonnen hat, und wenn manches nicht erledigt werden konnte, so sind die 5 Kriegsjahre daran Schuld. Während der ersten 3 Kriegsjahre wurden wir nach jeder Richtung geknebelt; so war in der Aera Stürgkh und in den weiteren Kriegsjahren fast nichts zu machen, weil uns nach allen Seiten wiederum Hindernisse bereitet wurden; insbesondere war es der Mangel an Arbeitskräften und an Material, die zu beabsichtigten großen Investitionsbauten nicht zu haben waren. Es wurde von kommunalen Betrieben gesprochen. Die Stadt Steyr entbehrt jeglicher kommunaler Betriebe, wenn man von kleinen Anlagen als der Schotterbrechanlage auf der Rederinsel absieht. Kommunale Betriebe, wie sie andere Städte haben, mangeln uns vollständig. Wir hätten vielleicht hie und da Gelegenheit gehabt, kommunale Betriebe, wie das Elektrizitätswerk und das Gaswerk, in das Eigentum der Stadt zu übernehmen. Herr Vizebürgermeister Wokral hat ganz richtig erklärt, daß die bestehenden äußerst ungünstigen Verträge uns gehindert haben, das Elektrizitäts- bezw. Gaswerk zu übernehmen. Das Elektrizitätswerk ist so unter der Hand dem Einfluße der Bürgerschaft der Stadt Stehr entwunden worden, was wir jetzt fast täglich schmerzlich fühlen müssen. (Rufe: Sehr richtig!) Wir haben keinen Einfluß mehr auf diese unglückseligen Verträge bei deren Errichtung, weil die Plätze und Straßen der Gemeinde seinerzeit in Anspruch genommen und leichten Sinnes vergeben wurden; daher ist nun die Gemeinde gegenüber dem Elektrizitätswerke fast ohnmächtig. Wo zwei vertragschließende Teile zusammentreten, ein Teil alle Rechte und der andere Teil — das war die Gemeinde — gar keine Rechte mehr hat, hört sich jedes günstige Vertragschließen auf. Es ist dies ein Gewaltvertrag. Ich will aber deshalb nicht sagen, daß uns das Elektrizitätswerk in verschiedenen Dingen gar nicht entgegenkommt; etwas mehr wäre freilich besser. Was das Gaswerk anbelangt, so leiden wir unter alten Verträgen. Auch Linz hatte ähnliche Verhältnisse, doch muß gesagt werden, daß der Gaswerksbetrieb durch die Stadt Linz selbst keineswegs nachahmens- und empfehlenswert für die Stadt Steyr ist. Die Linzer Gaspreise sind seit langem immer höher als wie in Steyr, ein Unterschied, der freilich in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß der Direktor des Gaswerkes der Stadtgemeinde und der Bewohnerschaft gegenüber stets dankenswertes und großes Entgegenkommen zeigt, was von der Leitung des Elektrizitätswerkes Steyr bisher nicht gesagt werden kann. (Zustimmung).

Was die allgemeinen Fragen anbelangt, so haben einzelne Gruppen dem Wohle des Ganzen zurückzutreten. Das ist ein Grundsatz, der umso wahrer wird, je weiter wir uns in die Demokratie künftig hineinleben, wo eine gewisse Ausgleichung der Ziele stattfindet. Ich habe vorhin betont, daß der früheren Stadtvertretung bezüglich Voraussicht in keiner Weise ein Vorwurf des Versäumnisses gemacht werden darf. Was bezüglich der Wasserleitung geschehen konnte ist geschehen, es fehlt aber dem Projekte das Wichtigste und das ist das Wasser selbst. Wir haben leider sogar in größerer Entfernung kein brauchbares Wasser und wenn ein solches gefunden wurde, so ließ die Menge wieder alles zu wünschen übrig. Was die Kanalisierung betrifft, so ist es äußerst betrüblich, daß eine Stadt wie Steyr, noch keine allgemeine Kanalisierung besitzt. Viel kleinere Orte mit kaum 1000 Einwohner besitzen schon eine Kanalisierung. Ohne Wasserleitung ist aber eine Kanalisierung für Steyr undenkbar, so daß mit der derzeitigen Unmöglichkeit der Wasserbeschaffung für eine entsprechende Wasserleitung auch das Projekt der Kanalisierung noch in der Luft hängt.

Was das Schlachthaus im Vereine mit einem Lagerhause anbelangt, so haben wir diese gerade vor Beginn des Krieges bauen wollen; wir mußten es während des Krieges besonders in der Approvisionierung bitter empfinden, daß die Stadt diese für das allgemeine Wohl notwendigen Einrichtungen entbehren mußte. Daß diese Einrichtungen noch nicht bestehen, sind leider Versäumnisse früherer Zeit, teils dem Umstande und wohl auch dem zuzuschreiben, daß die Stadt in den früheren Jahren keine Mittel zur Verfügung hatte. Wir hatten zwar in den Jahren 1913 und 1914 keineswegs Geld zur Verfügung und wiesen unsere Budgets stets ein bedeutendes Defizit auf. Wir haben uns aber doch beim Baue des neuen Krankenhauses darüber hinweggesetzt und das einzige getan, was jede große Stadt in solchen Fällen macht. Wir haben ein Darlehen aufgenommen, das im Laufe der Zeit auch von den künftigen Generationen bezahlt wird werden müssen; dafür genießen aber diese die Wohltat dieser Einrichtung. Das ist das 10 Millionen-Anlehen. Herr Vizebürgermeister Wokral hat es aber sicherlich nicht so gemeint, daß er der früheren Gemeindevertretung einen Vorwurf macht; er hätte sich damit ja selbst diesen Vorwurf zu machen, weil er bei allen den Beratungen und Beschlüssen mit Fleiß und Eifer mit dabei gewesen ist. Herr Vizebürgermeister Wokral hat vielmehr gemeint, daß wir gemeinsam für die Schaffungen dieser Einrichtungen tatkräftig eintreten müssen, weil wir sie notwendig brauchen.

Ueber die Straßen will ich lieber nicht sprechen. Diese sind jetzt in einem derartigen Zustand, daß Schweigen besser ist. Ich will nur auf eines verweisen, wie man überall an den Hausfronten Pflastersteine aufschlichtet und durcheinandergeworfen erblicken kann, einem dieselben zwischen die Füße kollern und man sich dabei verletzen könnte. Wie bekannt, ist einem Gemeinderate ohnedies beinahe das Unglück eines Beinbruches geschehen. Unverständlich aber ist, daß man diese Arbeiten in der allerschlechtesten Zeit begonnen und nicht vollendet hat. Aufgerissen wird überall und zugemacht nicht. Schuld an diesen Zuständen ist mit unsere Bauamtstätigkeit mit ihrem Personalmangel. Vielleicht ließe sich aber doch durch energisches Eingreifen dieser unhaltbare Zustand beheben.

Was den Pensionsfond anbelangt, so haben wir dieses Schmerzenskind schon öfter erörtert. Herr G.-R. Tribrunner hat sich seinerzeit mit denselben in eingehender Weise beschäftigt. In Wirklichkeit und in der Praxis bleibt es sich rechnerisch für die Gemeinde gleich, ob sie die Pension aus den laufenden Einnahmen bezahlt, oder ob sie Zinsen eines angelegten Kapitales hiefür verwendet. Es würde, um die entsprechende Zinsenquote zur Deckung der Pensionen herauszubekommen, ein Kapital von 2 Millionen *K* erforderlich sein, wobei vorausgesetzt werden muß, daß dieses Geld den bleibenden Wert behält. Hier ist aber Vorsicht sehr am Platze. Ich verweise diesbezüglich auf die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Wokral, der sich mit einer neuen Besteuerungsfrage befaßt hat. Was in der Zukunft der Staat an Steuern verschlingen wird, das auszumalen übersteigt die weitgehendste Phantasie. Die neuen Staatsschulden haben eine Höhe erreicht, die schon zu unermeßlichen Steuern führen werden, so daß es rätselhaft wird, wie der kleine neue Staat Deutsch-Oesterreich die alten und die neuen Erfordernisse decken wird können. Welcher Geist die notwendigen neuen Steuern erfinden wird, ist noch unbekannt. Das idealste für eine staatliche Steuer wäre eine allgemeine Einkommensteuer. Ob zu den Durchführungen in der Steuerfrage, wie sie Herr Vizebürgermeister Wokral anregt, gerade jetzt die richtige Zeit ist, muß dahin gestellt bleiben. Wir dürfen uns nicht auf den zufällig heute günstigen Stand der finanziellen Verhältnisse der Stadt Steyr stellen, sondern es muß auf ein bestimmt eintretendes Sinken der Steuereinnahmen gerechnet werden, was die Finanzlage der Stadt in kurzer Zeit sehr zu ihren Ungunsten verändern kann. Wenn wir die Steuereinnahmen und Defizite der Stadt in den Jahren von 1869 bis 1919 gleichsam durch ein Graphicon verzeichnen würden und zwar auch bezüglich der Einnahmen aus der Umlage der Erwerbsteuer der Waffenfabrik, würden wir eine äußerst wechselnde Zickzacklinie finden. Hier wäre der Vergleich mit den 7 mageren und 7 fetten Jahren anwendbar. Manchmal waren aber nur 3 fette und 11 magere Jahre, ja manchmal hat sich dieses Schwanken in den Einnahmen und Defiziten der Stadt sehr bösartig bemerkbar gemacht. Wir leben nun wieder in einer Zeit des Wohlstandes der Gemeinde und wollen wünschen, daß dieser Wohlstand länger anhalten würde. Wir wissen aber nicht, wie es in dieser Hinsicht in den nächsten 4 oder 5 Jahren in Steyr aussehen wird. Mit dem Abflauen des Geschäftsganges in der Waffenfabrik geht ja auch das Erwerbsleben in der Stadt zurück uud damit auch die Einnahme aus den Gemeindeumlagen herunter. Es ist daher eine Vorsicht in der Beratung der präliminarmäßigen Ansätze sehr am Platze. Wenn wir nun 2 Millionen *K* in den Pensionsfond geben, wird ein großer Teil der Reserve sofort verschwinden. Wir reden heute von Millionen, wie wir früher von Hunderttausenden gesprochen haben. Eine Million ist für den gewöhnlichen Sterblichen eine Summe des allerschwersten Reichtumes. Was ist heute für eine Gemeinde eine Million. Ich will Sie daher nicht begeistern, sondern sagen, daß sie dem Geldwerte nach kaum auf 200.000 *K* kommt. Praktisch gedacht, sind daher unsere 5 Millionen eigentlich nur 1 Million gegenüber früheren Zeiten. Es ist daher Sparsamkeit mit Rücksicht auf die vorhabenden Bauten, die uns alle schon drängen, gewiß sehr am Platze. Niemals aber darf die Zeit wiederkommen, wo die Stadtgemeinde zum letzten Auskunftsmittel des Häuser- und Grundverkaufes greifen muß, damit das Defizit nicht zu groß erscheint, daher das Vorhandene nur zusammenhalten, weil wir es in der Zukunft notwendig brauchen.

Was die Ausführung wegen der Arbeitsüberlastung des Bürgermeisters anbelangt, sind dieselben vollständig zu unterschreiben und hat Herr Vizebürgermeister Wokral recht, wenn er sagt, daß es so nicht weiter gehen kann. Beim Herrn Bürgermeister geht es zu wie in einem Ameisenhaufen, die größten und kleinsten Angelegenheiten werden da durchberaten und die minderwichtigste Begebenheit wird benützt, um beim Herrn Bürgermeister vorstellig zu werden. Alle Herren Gemeinderäte wissen es, daß nicht e i n e Sektionssitzung ungestört verlaufen kann und ist daher die Stellung des Bürgermeisters so ausgestaltet, daß sie sich nur mit großen Dingen zu beschäftigen hat. Es sollen den Herren Vizebürgermeistern bestimmte Agenden im selbständigen Wirkungskreise übertragen werden. Der Bürgermeister muß den Vizebürgermeistern nach bestimmten Richtungen

hin freie Hand lassen und nur die ganz wichtigen Dinge hat er selbst zu entscheiden. Herr Vizebürgermeister Wokral hat ganz recht. Die bisherigen Bestimmungen des Statutes müssen abgeändert werden; der Vorsitz in den Sektionen ist den Sektionsobmännern zu überlassen. Auch im Landtage wurde diese Gepflogenheit bei den einzelnen Ausschüssen desselben eingeführt. Es wird sich auch meiner Meinung nach in den Sektionen viel leichter arbeiten lassen. Die Zeiten haben sich durch das Herauswachsen der Stadt aus kleinen Verhältnissen gewaltig geändert und die Zahl der Agenden ist eine so große geworden, daß sie der Bürgermeister allein nicht übersehen kann. Wenn Herr Vizebürgermeister Wokral die Vereinigung der Sektionsobmänner zu Sitzungen anregt, so würde dies einem Stadtrate gleichkommen, welche Einrichtung bereits eine ganze Reihe von Städten besitzen. Auch für die Beratung des neuen Gemeindestatutes würde es sich empfehlen, daß ein solcher Stadtrat eingesetzt würde.

Was die angezogene Arbeitslosenfürsorge und die Bekämpfung der Wohnungsnot anbelangt, so ist besonders die letztere in ihrer Lösung noch lange nicht erschöpft. Wir beklagen es oft, daß uns überall Grund und Boden fehlt und daß aus mangelnder Voraussicht früherer Gemeindevertretungen unglaubliche Verbauungen von Gründen geschehen sind.

Alles das kann aber nur dann geschaffen werden, wenn in den Städten unseres neuen Staates Deutsch-Oesterreich der Eifer der Bevölkerung, ja jedes einzelnen mitzuarbeiten besteht, mitzuhelfen in der Förderung des Gemeindewesens, und wenn jeder seine eigene Person hiefür einsetzt. Es muß der Arbeitseifer jedes einzelnen dazu beitragen, daß endlich bessere Zustände werden. Die Erhöhung der Produktion ist für die Besserung eine der wesentlichsten Bedingungen hiezu. Heute mangelt es uns vor allem an Rohprodukten, mit denen wir unsere Industrie und Gewerbe wieder zu heben vermöchten. Es ist daher jeder verpflichtet, seine ganze Arbeits-Geisteskraft in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, andere Interessen beiseite zu lassen und durch Zusammenarbeiten aller Stände bessere Verhältnisse zu schaffen. Wenn wir uns nicht in dieser Weise selbst helfen, sinken wir immer tiefer. Es wird auch in Steyr nicht anders sein können; jeder wird seine ganze Kraft einsetzen müssen; ohne Arbeit gibt es kein Vorwärtskommen. Es wird auch diese Zeit wieder vorübergehen, wo Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel, die ja heute tatsächlich da sind, verschwinden, dann wird nach Anspannung aller Kräfte auch das sich erfüllen können, was Herr Vizebürgermeister Wokral gesagt hat. (Zustimmung).

Herr Referent G.-R. Kirchberger geht zu Rubrik V über.

Erfordernis. V. Sicherheitswesen.	Antrag für das Jahr 1919
a) Wachedienst.	
1. Personalauslagen	109.081 K
2. Gebühren für den Exekutivdienst und Jahrmarktwachdienst	2.600 „
3. Gebühren für den Hilfsdienst im Gefangenhaus	2.382 „
4. Beheizung der Amtsräume	1.500 „
5. Beleuchtung „ „	500 „
6. Reinigung „ „ und Bedienung	1.200 „
7. Einrichtung „ „	200 „
8. Mietzins „ „	424 „
9. Kanzleiauslagen	100 „
10. Post-, Telegraphen- nnd Telephongebühren	2.000 „
11. Haftpflichtversicherung	500 „
12. Verschiedene lokalpolizeiliche Auslagen	2.000 „
Summe	122.487 K
b) Arrestanten.	
1. Verpflegskosten der Arrestanten	3.000 K
2. Beheizung der Räume	1.000 „
3. Beleuchtung „ „	1.000 „
4. Reinigung „ „	400 „
5. Einrichtung „ „	400 „
6. Schubwesen und Transportkosten	1.500 „
7. Verpflegsauslagen an Zwangarbeitsanstalten	700 „
Summe	8.000 K
c) Verpflegsstation.	
1. Kosten der Naturalverpflegsstation	5.000 K
d) Feuerlöschwesen.	
1. Beitrag an die städtische Feuerwehr	3.000 K
2. Personalauslagen	5.948 „
3. Wohnung der Feuerwächter	220 „
4. Beheizung	400 „
5. Beleuchtung	200 „
6. Erhaltung der Feuerwehrdepots u. Erweiterung	10.000 „
7. Feuertelephonanlage	4.000 „
Summe	23.768 K
e) Stadtbeleuchtung.	
1. Gasbeleuchtungskosten	20.000 K
2. Gaseinrichtungskosten	1 600 „
3. Elektrische Beleuchtungskosten	20.000 „
4. „ Einrichtungskosten	80.000 „
5. Petroleumbeleuchtungskosten	1.200 „
6. Petroleumeinrichtungskosten	200 „
Summe	123.000 K
Zusammen	282.255 K

Bedeckung. V. Sicherheitswesen.	Antrag für das Jahr 1919
1. Schubkostenrückersätze	2.400 K
2. Beiträge zu den Naturalverpflegsstationen	1.100 „
3. Jahrmarktwachgelder	230 „
4. Verschiedene andere Rückersätze	370 „
Summe	4.100 K

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Bezüglich der Stadtbeleuchtung möchte ich eine Beschwerde der Bewohner von der Ennsleite vorbringen, da dort noch immer keine Beleuchtung hergestellt ist; dies glaublich deshalb, weil man sich noch nicht einigen konnte, wer für die Kosten der Beleuchtung aufzukommen habe. Die Gemeinde drängt darauf, daß dort beleuchtet wird, die Waffenfabrik sagt, daß dies öffentlicher Grund sei und erklärt weiters, daß die militärtechnische Leitung dort noch baut und die Bauten noch nicht übernommen wurden. Die Verhältnisse sind also vollkommen ungeklärt. Ich bin der Auffassung, daß die Beleuchtung dort unter allen Umständen errichtet werden und eventuell nachher darüber gestritten werden muß, wer die Kosten zu bezahlen hat. Der Zustand ist unhaltbar und auch gefährlich, wenn man bedenkt, daß viele Schulkinder um 5 Uhr nachmittags, wo bereits Nacht eingetreten ist, diese unbeleuchteten Straßen passieren müssen. Gegen Verunglückungen von Kindern muß sofort Vorsorge getroffen werden."

Herr Bürgermeister: „Hiezu muß ich bemerkent daß in dieser Beleuchtungsfrage die Stadt bereits ausgeschalte und der Grundsatz anerkannt wurde, daß die neu erstandenen Straßen Privatstraßen sind und die Beleuchtung daher vom jeweiligen Besitzer beizustellen ist. Der Kommandant der militärtechnischen Leitung, Oberstleutnant von Mlinarzik, hat bereits in den letzten Tagen zugesagt, daß ein Beleuchtungsplan vorgelegt werden wird, dieser konnte jedoch trotz mehrfachen Verlangens noch nicht eingesehen werden. Eine Schwierigkeit wird darin bestehen, als der Netzumbau des Elektrizitätswerkes noch nicht vollendet ist. Es müssen erst noch zwei Transformator-

stationen in den Häusern eingebaut werden, so daß dann nach Fertigstellung der Anlage auf der Ennsleite eine zufriedenstellende Beleuchtung eingerichtet werden kann."

Herr G.-R. Nothhaft: „Ich möchte ersuchen, daß in den Hauptzügen der Sierningerstraße, des Pfarrberges elektrische Beleuchtung eingeführt wird; derzeit sind diese Straßen wegen der Finsternis nur mit größter Vorsicht zu begehen."

Herr Bürgermeister: „Auch bei diesen Straßen muß zugewartet werden, bis der Netzumbau des Elektrizitätswerkes fertig ist. Vom Gaswerke ist nicht eine Lampe mehr zu erhalten. Es besteht die traurige Tatsache, daß das Gaswerk wahrscheinlich längstens 3. oder 4. Jänner den Betrieb wird einstellen müssen."

Herr G.-R. Kirchberger unterstützt die Ausführungen des Herrn G.-R. Nothhaft und verweist besonders auf den Pfarrberg; es möge doch die seinerzeitige Lampe bei der Bezirkshauptmannschaft wieder in Funktion treten.

Herr Bürgermeister erwidert, daß ihn der Beleuchtungs-Zustand des Pfarrberges wohl bekannt sei. Die große Lampe bei der Bezirkshauptmannschaft sei eine Privatlampe gewesen, für deren Beleuchtung keine Verpflichtung bestehe. Die Elektrizitätswerke haben aber dafür ihre Geschäftslampen entzündet, die aber leider für die Beleuchtung des Pfarrberges ungünstig in der Beleuchtungsrichtung sind. Es wird aber getrachtet werden, so bald wie möglich in der Mitte des Pfarrberges eine Lampe anbringen zu lassen und wird mit dem Elektrizitätswerke diesbezüglich in Unterhandlung getreten werden.

Erfordernis.

VI. Oeffentliche Arbeiten.	Antrag für das Jahr 1919
1. Personalauslagen	48.947 K
2. Straßenpflasterung	100.000 „
3. Straßenbeschotterung und -Bewalzung	35.000 „
4. Straßenreinigung und -Bespritzung	70.000 „
5. Brückenerhaltungen	70.000 „
6. Kanalisierung	8.000 „
7. Brunnen- und Wasserleitungen	8.000 „
8. Uferschutzbauten, Brücken- und Wehrenbau	10.000 „
9. Straßen- und Kanalneubauten	30.000 „
10. Schotterbrechanlage	— „
11. Porphyritschotterbeschaffung	10.000 „
12. Werkzeuganschaffungen und -Erhaltung, verschiedene Auslagen	5.000 „
13. Anlagen und Alleen	3.000 „
14. Straßennivellement	— „
15. Kanzleiauslagen, Zeichnungen, Pläne, Offerte	4.000 „
16. Unvorhergesehene Bauführungen	20.000 „
17. Brückenerneuerungsfond	40.000 „
18. Lohnerhöhungen	8.000 „
19. Vorarbeiten für allgemeine Wasserleitung und Kanalisierung	30.000 „
20. Städtisches Automobil und Pferdefuhrwerk	80.000 „
21. Unvorhergesehene Neuanschaffungen	25.000 „
22. An Reserve der Stadtkasse für den Kanal in der Damberggasse	— „
23. An Kasernenbauunkostenfond für Ankauf der Dampfstraßenwalze	— „
Summe	604.947 K

Bedeckung.

VI. Oeffentliche Arbeiten.	Antrag für das Jahr 1919
1. Beiträge zu den Straßenherstellungen	— „
2. „ „ „ Kanal- und Uferschutzbauten	— „
3. Brunnen- und Wasserleitungsgebühren	4.900 „
4. Erlös für abgegebene Materialien	800 „
5. Verschiedene andere Einnahmen	500 „
6. Einnahmen für das städtische Fuhrwerk	66.400 „
Summe	72.600 K

Erfordernis.

VII. Gesundheitswesen und städtische Lebensmittelversorgung.	Antrag für das Jahr 1919
1. Personalauslagen	26.884 K
2. Impfung, Desinfektion und Obduktion	3.000 „
3. Hundekontrolle	500 „
4. Oeffentliche Anstandsorte	500 „
5. Verschiedenes	2.000 „
6. Vorschuß an 10-Mill.-Kronen-Anlehen für Fäkalien- und Kehrichtabfuhr	— „
Summe	32.884 K
1. Für Lebensmittelbeschaffung	5,000.000 K
Zusammen	5,032.884 K

Bedeckung.

VII. Gesundheitswesen und städtische Lebensmittelversorgung.	Antrag für das Jahr 1919
1. Fleisch- und Viehbeschaugebühren	2.000 K
2. Desinfektionsgebühren und Wagenbenützung	600 „
3. Rückersatz für Fäkalien- und Kehrichtabfuhr aus dem 10-Millionen-Kronen-Anlehen	— „
Summe	2.600 K
1. Einnahmen aus der Lebensmittelabgabe	5,000.000 „
Zusammen	5,002.600 K

Herr Vizebürgermeister Fendt: „Zur Post Straßenpflasterung habe ich einiges zu bemerken. Von einer Straßenpflasterung ist in der Stadt wenig zu sehen, obwohl im Voranschlage eine Post von 100.000 K auferscheint, wovon ein Teil bereits bei der Straßenpflasterung geopfert worden sein soll. Ich habe schon, während ich noch im Felde war, von dieser Absicht der Straßenpflasterung gelesen. Als ich nach Hause kam, mußte ich sehen, daß zwar eine Pflasterung geschehen ist, diese aber geradezu als ein Skandal bezeichnet werden muß. Es war ja das frühere Pflaster besser als das jetzige. Man merkt von einer Arbeit fast gar nichts und die Gemeinde gibt so ungeheuer viel Geld aus. Ich glaube, es wird in Zukunft sehr notwendig sein, daß das Bauamt der Durchführung der Pflasterungsarbeiten mehr Augenmerk schenkt. Trotz der Neupflasterung sind die Straßen in einem Zustand, daß heute die Steine schon wieder wackeln und die ganze Straße sich gleichsam bewegt. Dies ist nur auf eine krasse Schlamperei in der Arbeit zurückzuführen. Ich möchte daher ersuchen, daß das Bauamt beauftragt wird, die Firma in der Ausführung ihrer Arbeit zu beaufsichtigen."

Herr Bürgermeister: „Ich kann darauf antworten, daß ich eigens den Polier Thurner beauftragt habe, die Arbeiten der Pflasterung zu überwachen. Insbesondere schlecht scheint mir die äußere Sierningerstraße zu sein, während die Bismarckstraße, wo Rillensteinpflaster in Verwendung ist, sich besser hält. Der Zustand der äußeren Sierningerstraße dürfte darauf zurückzuführen sein, daß die gewendeten Steine schon zu viel abgeschliffen sind und sich daher nicht mehr fest zusammenfügen."

Herr G.-R. Dedic: „Wenn die Stadt für Verbesserung der Straßen größere Aufwendungen macht, ist es jedenfalls zu begrüßen. Der Zustand der Straßen, selbst der des Stadtplatzes, ist fast unhaltbar Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit ersuchen, daß sowohl der Stadtplatz wie der Grünmarkt einer Durchpflasterung unterzogen wird. Bei regnerischem Wetter kann man jetzt direkt im Kot versinken und im Sommer vor Staub ersticken. Weiters möchte ich bitten, daß die Reinigung nicht bei Tag, sondern möglichst in der Nacht erfolgt und erlaube mir gleichzeitig anzufragen, warum die Kehrmaschine und die Kotabziehmaschine der Gemeinde nie in Verwendung kommt. Endlich bitte ich um Aufklärung über die Frage der Erbauung des Schlachthauses und der Kanalisierung; ich glaube, daß zu diesem Zwecke ja das 10-Millionendarlehen aufgenommen wurde; auch wäre es vielseitiger Wunsch, daß der Schloßgarten der Oeffentlichkeit übergeben würde."

Herr Bürgermeister: „Wegen der Pflasterung des Stadtplatzes und des Grünmarktes bin ich ganz derselben Ansicht, denn nur durch eine durchgehende Pflasterung können wir eine Reinlichkeit in den Straßen der Stadt erreichen. Die Pflasterungen kommen heute jedoch so ungeheuer teuer, daß die Pflasterung des Stadtplatzes allein den vorgesehenen Betrag weit überschreiten würde. 1 m² Granitpflaster kommt heute auf 72 K, während der Friedenspreis 17 K betrug. Wir müssen daher noch einige Zeit zuwarten, bis auch diese Pflasterungen möglich sein werden. Daß aber diese Durchpflasterungen notwendig sein werden, ist sicher. Was die Straßenreinigung mit der Kehr- und Kotabziehmaschine anbelangt, muß ich richtigstellen, daß die Kotabziehmaschine wohl schon einigemale im Gebrauche stand, während die Kehrmaschine nur zur Probe aus Wien geliehen war und da sie sich für unsere zu stark gewölbten Straßen nicht eignete, auch nicht angeschafft wurde. Was den Schloßgarten be-

trifft, so wurde dieser bereits vor Jahren zur öffentlichen Benützung freigegeben. Es wurden jedoch so viele Beschädigungen verzeichnet, daß die öffentliche Benützung wieder eingestellt wurde und kaum zu erwarten steht, daß jemals wieder eine solche allgemeine Zugänglichmachung zu erwirken ist. Die Frage des Schlachthausbaues ist bereits im Jahre 1913 angeschnitten worden und war es leider damals nicht möglich, den Grund für den Schlachthausbau zu erwerben. Die Verhandlungen haben sich bis in den Krieg hineingezogen, in dessen Verlauf es wegen Mangel an Arbeitskräften und Material nicht mehr möglich war, an die Ausführung des Baues zu denken. Wir werden daher mit diesem Baue auch noch zuwarten müssen. Ein Schlachthaus soll nicht gerade eine Passivpost bilden, wenn es auch kein besonderes Erträgnis abwerfen kann, sondern soll sich selbst erhalten. So bald die entsprechenden Verhältnisse zur Erbauung eingetreten sind, wird die Durchführung dieses an sich sehr notwendigen Baues und seiner Einrichtung vor sich gehen. Ebenso verhält es sich mit der Wasserleitung, der, wie schon Herr G.-R. Prof. Erb ganz richtig betonte, das Notwendigste, die Auffindung einer entsprechend guten und ergiebigen Wassermenge fehlt. Jeder der bisher aufgefundenen Quellen hängen Mängel an, die größeren haben entweder kein entsprechendes Wasser, oder sie sind zu weit entfernt, so daß unverhältnismäßige Kosten entstünden, kleinere Quellen sind wieder in ihrer Lage zu tief gelegen und ihrer Menge nach zu wenig ergiebig. Wir werden wahrscheinlich wie so viele andere Städte, beispielsweise Gmunden, welches trotz ihrer Lage im Gebirge kein Quellwasser für seine Verhältnisse aufbringen kann, gezwungen sein, zu Pumpwerken die Zuflucht zu nehmen. Die Kanalisierung ist ohne Wasserleitung nicht denkbar. Es wurden auch hierin schon Vorarbeiten unternommen, es sind auch mehrere Firmenvertreter hier erschienen und haben versprochen, mit einem Kanalisierungsplan näherzutreten. Die Firmen haben aber seither nichts mehr von sich hören lassen, bis auf eine, die die Angelegenheit ernst zu nehmen schien und erklärte, daß das ganze Terrain der Stadt mit den Kellergeschoßen der Häuser nivelliert werden müsse und ein solcher Kanalisierungsplan auf 80.000 *K* zu stehen käme. Seither ist aber auch von dieser Firma aus unbekannter Ursache kein weiteres Angebot mehr eingelangt. Die Kanalisierung wird daher jedenfalls den Kanalisierungsausschuß in nächster Zeit beschäftigen."

Herr G.-R. Mitter erinnert an seinen Antrag wegen Behebung der sanitären Uebelstände in der Leichenhalle des Friedhofes.

Herr Bürgermeister erwidert hierauf, daß die Leichenhalle nicht Eigentum der Stadt sei und daher eine Neuerbauung derselben von der Stadt nicht übernommen werden könnte. Was die sanitären Uebelstände betrifft, so wird hierin nach genauer Feststellung der Eigentumsrechte am Friedhofe, welche Feststellung zwar schon aufgetragen, aber noch nicht durchgeführt wurde, das Erforderliche veranlaßt werden.

Herr G.-R. Tribrunner: „Zum Kapitel „Oeffentliche Arbeiten" möchte ich anschließend an die Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Wokral bezüglich der hohen Ennsleiten einem Wunsch der dortigen Einwohner dahin Ausdruck geben, daß die beiden Aufgänge links und rechts zur Ennsleite so angelegt bezw. in Stand gesetzt werden, daß bei der kommenden Vereisung der Wege dieselben ohne Gefährdung gangbar werden."

Herr Bürgermeister: „Es tut mir leid, daß heute Herr G.-R. Bauoberspektor Zwicker nicht anwesend ist. In dieser Angelegenheit raufe ich mich schon 2 ½ Jahre herum, bis es mir endlich gelungen ist, einen Plan für die Stiegenanlage zu erhalten. Ausständig ist noch der Kostenvoranschlag, den ich bis heute trotz vielfacher Betreibung noch nicht erhalten konnte."

Herr G.-R. Kirchberger: „Zum Kapitel „Oeffentliche Arbeiten" gäbe es noch viel zu reden. Vor allem möchte ich aber aufmerksam machen, daß es notwendig wird, daß über den Gebäudebesitz der Gemeinde ein Verwalter bestellt werde und sich einer der Herren Gemeinderäte hierum annehme. Eine Ueberwachung dieser Gebäude ist sowohl hinsichtlich deren Erhaltung als wegen der Regelung der Mietzinse notwendig. Die Bestellung eines Verwalters würde den von demselben alljährlich zu erstattenden Bericht ein viel genaueres Bild für den Voranschlag auf Grund der gemachten Erfahrungen und wirklich notwendigen Verbesserungen geben. Damit könnte auch eine bedeutende Entlastung des Bauamtes vor sich gehen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Anregung geben, einen Verbindungsweg, oder besser eine Straße von Zwischenbrücken entlang der Schloßmauer und der Steyr zum Objekt 9 der Waffenfabrik herzustellen, damit die Enge entlastet werde. Es handelt sich vorerst darum, die Zustimmung der Herrschaft Lamberg hiezu zu erwirken; technisch ist die Anlegung eines Verbindungsweges oder auch eines Fahrweges sicher durchführbar."

Herr Bürgermeister: „An der technischen Durchführbarkeit ist nicht zu zweifeln, aber jedenfalls werden die Kosten sehr bedeutende sein."

Herr G.-R. Ing. Huber: „Ich habe absichtlich mit meinen Ausführungen als Obmann der Bausektion zu diesem Kapitel zugewartet. Es ist aber nichts neues gesagt worden und kann Sie versichern, daß alles, was von den Herren Vorrednern angeklungen wurde, innerhalb der Bausektion oftmals zur Sprache gebracht wurde. Ich möchte aber zum Punkte „Straßenpflasterung" einiges sprechen. Wir haben im Laufe des Sommers für Pflasterungen eine ziemlich bedeutende Summe schon ausgelegt und ist in der Bausektion über die Art der Ausführung dieser Pflasterungsarbeiten sehr energisch gesprochen worden. Es wurde verlangt, daß die Pflasterungen nicht fortgesetzt werden dürfen, bevor nicht klar gelegt erscheint, daß die Gemeinde das Geld hiefür nicht umsonst hinauswirft und bis erhoben ist, ob die Arbeiten der Vereinbarung gemäß ausgeführt werden. Es muß ein fachliches Gutachten eingeholt werden. Es ist diese Angelegenheit keine Kleinigkeit, weil es sich erstens um große Summen handelt und zweitens um Arbeiten, die eine Stockung des Verkehres mit sich bringen. Ich kann ihnen aber auch sagen, es ist eine undankbare Sache, in meinem Amt zu arbeiten. Ich habe letzthin drei Herren die Uebernahme des Amtes angeboten, aber keiner der Herren wollte mein Nachfolger werden, weil sie wußten, welche Schwierigkeiten vorhanden sind und wäre es zu wünschen, daß auch in Beziehung der leichteren Verwaltung der bauamtlichen Agenden für die Sektion eine Besserung eintritt."

Herr Bürgermeister: „Es steht zu hoffen, daß in absehbarer Zeit Herr Stadtbauamtskommissär Berndt zurückkehrt. Herr Berndt ist in englische Gefangenschaft geraten und werden die Friedensverhandlungen sicherlich auch die Rückkehr desselben ermöglichen."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Ich möchte an die Worte des Herrn Sektionsobmannes Ing. Huber, daß hier nichts neues gesagt wurde (Heiterkeit), die Bitte knüpfen, daß die Hindernisse, die den Kern derselben bilden, so rasch als möglich beseitigt werden."

Herr Markut: „Die Straßenretnigung kommt der Stadt für den m² auf 12 *h*, während diese anderen Städten auf 80 *h* bis 1 *K* zu stehen kommt; daher ist auch das Verhältnis derselben gegenüber den aufgewendeten Kosten hinlänglich erklärlich."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ein großer Mangel besteht in Steyr an entsprechenden Anstandsorten mit Aborten. Wenn man die Straßen und Plätze der Stadt anschaut, so muß die Verunreinigung derselben durch Personen als ein öffentlicher Skandal bezeichnet werden. Ich möchte daher beantragen, das Bauamt zu beauftragen, Plätze ausfindig zu machen, wo derlei Anstandsorte aufzustellen wären und gleichzeitig einen Kostenvoranschlag hierüber vorzulegen."

Erfordernis.

VIII. Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft.	Antrag für das Jahr 1919
a) Kultus.	
1. Kirchen- und Pfarrhofgebäudeerhaltung . .	6 000 *K*
2. Schulgottesdienst, kirchliche Feierlichkeiten usw.	350 „
Summe .	6.350 *K*
b) Unterricht.	
1. Personalauslagen	67.302 *K*
2. Gebäudeerhaltung und -Versicherung . . .	12.000 „
3. Gebäudebeheizung	25.000 „
4. Gebäudebeleuchtung	4.000 „
5. Gebäudereinigung	7.000 „
6. Gebäudeeinrichtung	6.000 „
7. Lehrmittel	10.000 „
8. Kanzleiauslagen	6.000 „
9. Subventionen, Stipendien	14.000 „
10. Mietzinse	400 „
11. Haushaltungsunterricht und Schulküche . .	1.000 „
12. Städtische Handelsschule	30.000 „
13. An den Spitalsfond für das Darlehen zum Realschulaufbau	— „
Summe .	182.702 *K*

Bedeckung.

VIII. Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft.	Antrag für das Jahr 1919
a) Kultus.	
1. Kirchen- u. Pfarrhofgebäudeerhaltungsrückersätze	— *K*
2. Schulgottesdienst, kirchliche Feierlichkeiten usw.	— „
Summe .	— *K*
b) Unterricht	
1. Einschulungsbeiträge	4.000 *K*
2. Erträgnis des Realschulfondes	5.200 „
3. Lehrmittelkostenrückersätze und Beitrag aus der Almhofer- und Schiefermayr-Schulstiftung	1.600 „
4. Beleuchtungskostenrückersätze und sonstige Einnahmen	— „
5. Durchlaufende Zinsungen für Freiwohnungen der Schulleiter	1.520 „
6. Beitrag vom Religionsfond für die Bergschule	378 „
7. Schulgelder und sonstige Einnahmen für die städtische Handelsschule	15.000 „
Summe .	27.698 *K*

Summe .	182.702 *K*

e) Kunst und Wissenschaft.

1. Museum	300 *K*
2. Theaterbeitrag	2.400 „
3. Meisteratelier für Stahlschneidekunst . . .	1.250 „
4. Musikwesen	3 000 „
5. Theaterausstattung	5.000 „
6. Voraussichtliche Mehrauslagen	3.300 „
Summe .	15.250 *K*
Zusammen .	204.302 *K*

Summe .	27.698 *K*

c) Kunst und Wissenschaft.

1. Museum	— „
2. Theater	— „
3. Meisteratelier für Stahlschneidekunst . . .	— „
4. Musikwesen	— „
Summe .	— *K*
Zusammen .	27.698 *K*

Herr G.-R. Fischer: „Ich möchte zu dieser Post noch die Einstellung eines Betrages für eine permanente schulärztliche Zahnklinik wünschen, welche für die Jugend von ganz besonderer Bedeutung ist. Weiters braucht die Stadt endlich eine moderne Badeanstalt, da die gegenwärtige viel zu klein und auch die in der Badgasse der Größe der Stadt in keiner Weise entspricht. Endlich ersuche ich, darauf zu wirken, daß der Sanitätsabteilung der freiwilligen Feuerwehr ein Sanitätsauto beigestellt werde. Es soll ja ein Fond bereits vorhanden sein, vielleicht könnte aber doch die Stadtgemeinde den fehlenden Betrag für diesen humanitären Zweck ergänzen. Bezüglich der Ausführungen des Herrn G.-R. Kirchberger wegen Schaffung von modernen Anstandsorten schließe ich mich vollkommen denselben an und wünsche lebhaft, daß diesem Thema eine besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird."

Herr Bürgermeister: „Hierauf kann ich erwidern, daß uns die schulärztliche Tätigkeit in keiner Weise entspricht und einer gründlichen Regelung unterzogen werden wird. (Herr Vizebürgermeister Wokral: „Das Wesen der schulärztlichen Tätigkeit scheint für unsere Schulärzte ein Amtsgeheimnis zu sein".) Wegen des Sanitätsautos dürfte der bezügliche Inhalt meines Berichtes in der vorletzten Sitzung übersehen worden sein, in der ich mitteilte, daß sich die Direktion der Waffenfabrik in hochherziger Weise entschlossen hat, der Sanitätsabteilung schenkungsweise ein Sanitätsauto zu überlassen und wird dasselbe im Laufe des Winters auch übergeben werden. Was die öffentlichen Anstandsorte anbelangt, muß zugegeben werden, daß die Benützung derselben ein öffentlicher Skandal ist, welcher einer grundlegenden Aenderung bedarf. Die Errichtung von Anstandsorten mit Abortanlagen scheitert zumeist an der Platzfrage, da uns entsprechende Plätze hiefür nicht zur Verfügung stehen."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Ich möchte gelegentlich der Beratung und der ausgesprochenen Wünsche über die Jugendpflege fragen, wie es mit der Errichtung eines Jugendamtes steht, welches in erster Linie berufen wäre, die Interessen der Jugend zu schützen. Es ist der Gemeinde erste und heiligste Pflicht, daß sie ein gesundes Geschlecht heranzieht und die Schäden, die die Jugend durch den Krieg infolge Unterernährung erlitten hat, wieder langsam ausgeglichen werden. Zu diesem Zwecke möge die Gemeinde trachten, daß sie die Kinder auch im nächsten Jahre wieder auf einige Monate aufs Land bringe, wo sie sich, wie es der Erfolg des heurigen Jahres zeigte, in frischer Luft und genügender kräftiger Kost erholen können. Ich würde daher beantragen, daß an die Post „Gesundheitspflege" noch eine Post unter dem Titel „Kinder aufs Land" angegliedert und für diese ein Betrag von 10.000 *K* veranschlagt wird. Die Durchführung möge dem Stadtschulrate überlassen werden, welcher am sichersten zu beurteilen wissen wird, welche Kinder am meisten erholungsbedürftig sind."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Mit der schul~~pflichtigen~~ beschäftigt und sind die Schulärzte beauftragt worden, einen Bericht vorzulegen. Erst nach mehrfachem Druck ist uns im Vorjahre ein Bericht vorgelegt worden, der aber als äußerst mangelhaft bezeichnet wurde. Der Bericht ist eigentlich ein Skandal und als eine Frozzelei des Gemeinderates hinzustellen. Seitdem haben wir aber überhaupt keinen Bericht mehr erhalten. Ich würde schon darauf dringen, einen entsprechenden Bericht zu verlangen. Entweder haben wir einen schulärztlichen Dienst, dann muß auch hierüber berichtet werden, oder wir haben keinen, dann muß gesorgt werden, daß ein solcher tatsächlich errichtet und getrachtet wird, daß andere Herren diesen schulärztlichen Dienst ausüben. Bezüglich der Zahnpflege ist erst kürzlich eine Notiz erschienen, in welcher der Staatsrat erklärte, die Errichtung von Schulzahnkliniken zu unterstützen. Ich möchte daher bitten, diese Gelegenheit nicht unbenützt vorübergehen zu lassen."

Weiters möchte ich wünschen, daß Kinderspielplätze geschaffen werden. Mit dem Antrage des Herrn G.-R. Prof. Brand, für die Aktion „Kinder aufs Land" 10.000 *K* zu widmen, bin ich vollkommen einverstanden, wenn ein solcher Betrag für die körperliche Kräftigung unserer Kinder verwendet wird. Nicht einverstanden bin ich aber, daß der Stadtschulrat ohneweiters hierüber verfügen könnte. Wenn der Gemeinderat die Widmung beschließt, so hat er auch das entscheidende Wort in dieser Angelegenheit zu sprechen."

Herr G.-R. Tribrunner: „Ich schließe mich den Ausführungen des Herrn Vizebürgermeisters Wokral an, möchte aber vorschlagen, eine solche Widmung unter „Rubrik VIII b Unterricht, Post 9 Subventionen" einzustellen."

Herr G.-R. Ing. Huber: „Zur Post „Gesundheitswesen" muß ich, wenn man sich schon mit Kindern beschäftigt, ersuchen, daß man sich auch der alten Leute und der Kranken annimmt, und zwar in der Ausgabe von Weißbrot. Wie mit der Ausgabe von Weißbrot vorgegangen wird, darüber ist es am besten, man schweige sich lieber aus. Es müssen die alten und kranken Leute, um Weißbrot zu erhalten, ein mit 2 *K* gestempeltes Gesuch einbringen und dann wird erst mit einer Rücksichtslosigkeit vorgegangen, die den größten Unwillen erregt. Ich kann hier einen konkreten Fall bei meinem Werkmeister anführen, dessen schwerkranke Frau dringend ein Weißbrot vorgeschrieben wurde. Der Werkmeister war beim Amtsarzt und wurde dort förmlich hinausgeworfen. Das sind Zustände, die kaum in ganz Oesterreich zu finden sein werden; in Steyr wird diese Behandlung der alten und kranken Leute geduldet. Ich bitte, daß mit dieser Wirtschaft aufgeräumt wird."

Herr Bürgermeister: „Es ist außerordentlich schwer, gegen amtsärztliche Verordnungen Stellung zu nehmen. Ich hoffe aber, daß binnen kurzem eine Erleichterung in dem Bezuge von Weißbrot eintreten wird und wir auch ein besseres Mehl zugewiesen erhalten."

Bezüglich der Aktion „Kinder aufs Land" liegt ein Abänderungsantrag des Herrn G.-R. Tribrunner vor, diesen in der Post VIII b bei Stipendien und Subventionen eine Erhöhung des Ansatzes, statt in Rubrik VII, anzugliedern.

Ich lasse über den Abänderungsantrag des Herrn G.-R. Tribrunner abstimmen."

Der Antrag wird einhellig angenommen.

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Zu Post 7 der Rubrik VIII b hätte ich den Wunsch, daß infolge der eingetretenen sehr hohen Preise der Lehrmittel, welche vielen Kindern die Anschaffung unmöglich macht und andererseits auch von den Kindern durch verspätetes Einlangen der Lieferungen nicht erhalten werden können, ein einheitlicher Einkauf aller Lehrmittel durch die Gemeinde erfolge und weiter der grundsätzliche Standpunkt eingenommen werde, daß den Kindern ohne Unterschied des Standes der Angehörigen der Kinder die Lehrmittel unentgeltlich verabfolgt werden. Eine nur teilweise Beteiligung von Kindern mit unentgeltlichen Lehrmitteln würden bei den anderen wieder böses Blut machen, was unter allen Umständen vermieden werden soll. Es würde sich hier nur um die Volks- und Bürgerschulen handeln können, während die Schüler der Realschule ausgeschlossen werden müßten. Der aufzuwendende Betrag, der 20.000 *K* nicht überschreiten dürfte, könnte sich bei anderen Posten wieder hereinbringen lassen; auch könnten Eltern begüterter Schüler, sowie eine Reihe von Kultus- und Religionsgenossenschaften zu den Anschaffungskosten beitragen, nur soll gesorgt werden, daß bei der Ausgabe der Lehrmittel diese an alle Schüler kostenlos erfolge, damit keine Gefühlsverletzung einzelner Kinder vorkomme."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Man muß hier wohl unterscheiden, zwischen Lehrmittel und Lernmittel. Unter den Lernmitteln versteht man Bücher, Hefte u. dgl. Mit der unentgeltlichen Beteiligung der Schulkinder mit diesen Lernmitteln haben sich schon sämtliche Orts-, Bezirks- und Stadtschulräte befaßt und sich nur ein einziger Bezirksschulrat dafür ausgesprochen. Bezüglich des Jugendamtes muß ich nochmals verweisen, daß ich nirgends eine Post eingesetzt finde."

Herr Bürgermeister: „Für das erst zu errichtende Jugendamt kann schon deswegen heute noch nichts ausgeworfen werden, weil man noch gar keine Anhaltspunkte hat, was die Errichtung und der Betrieb desselben kosten wird."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Das Jugendamt wird aber im Jahre 1919 errichtet werden und sollte daher durch Einsetzung einer Post entsprechend vorgesorgt werden."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich würde die Anregung geben, den Antrag zu stellen, daß auch für diesen Zweck unter VIII b Post 7 Subventionen und Stipendien die angesetzte Summe erhöht würde. Dabei verweise ich darauf, daß es, wie ich schon damals betonte, richtiger wäre, den Voranschlag vor der Vorlage auch der Finanzsektion zur Beratung zu übergeben, welche allen diesen Bedürfnissen durch Einsetzung von hiefür bestimmten Summen Rechnung tragen könnte."

Herr G.-R. Prof. Erb: „Mit der Frage der unentgeltlichen Verabfolgung von Lernmitteln — wohl zu unterscheiden von Lehrmitteln — hat man sich über Auftrag einer Unterkommission des Unterrichtsministeriums schon vor Jahren beschäftigt. Seinerzeit haben ja auch sämtliche Bezirks- und Stadtschulräte ein Rundschreiben herausgegeben, in welchem hiezu Stellung genommen wurde. Auch der Stadtschulrat Steyr hat sich mit der Frage beschäftigt. Die Folge dieser unternommenen Schritte war, daß eine Konferenz der Schulleiter zusammen-

treten und genau erheben sollte, wie groß der Verbrauch dieser Lernmittel in den einzelnen Klassen ist. In dieser Konferenz wurde aber besonders darauf hingewiesen, daß der Schule jede Aufsicht über die Bücher mangelt und der Großteil der Kinder von dem Grundsatz ausgehend: „Ich krieg so wieder ein neues", den Büchern nicht die nötige Sorgfalt zuwenden würden, daß diese für mehrere Jahre gegen Umtausch mit den höheren Klassen wieder verwendet werden könnten. Heute weiß niemand wieviel die allgemeine Anschaffung von Lernmittel kosten würde? Es würde aber durchaus nicht verschlagen, wenn der Stadtschulrat die Schulkonferenz neuerlich beauftragen würde, über die Kosten an Lernmitteln genau zu berichten und auch einen klassenweisen Kostenvoranschlag vorzulegen."

Herr Bürgermeister: „Es liegt der Antrag des Herrn G.-R. Prof. Brand vor: Es sei zu erheben, wie hoch sich die Kosten der allgemeinen Lernmittelbeschaffung für Volks- und Bürgerschulen stellen würde. Diese Erhebung sei durch den Herrn Bezirksschulinspektor zu pflegen und sei in der nächsten ~~und~~ oder zweitnächsten Gemeinderatssitzung der Bericht vorzulegen."

Der Antrag wird vom Gemeinderat einstimmig angenommen.

Herr G.-R. Prof. Brand: „Was ist es mit einer Post für das Jugendamt?"

Herr Bürgermeister: „Hier müßte vorerst das Ergebnis einer Vorerhebung über die mutmaßlichen Kosten vorliegen; man kann übrigens auch im Laufe des Jahres die Genehmigung einer sochen Ausgabe vom Gemeinderate erlangen."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Bezüglich der Post „Theater" möchte ich erwähnen, daß der Direktor glaublich verpflichtet ist, wöchentlich 6 Vorstellungen zu geben und hiebei in der Auswahl der Stücke auch auf die Jugend durch Aufführung klassischer Werke Bedacht zu nehmen. Ich möchte schon bitten, daß der Direktor des Theaters auch hierauf Rücksicht nimmt."

Herr Bürgermeister: „Ich werde nicht verfehlen, den Direktor an diesbezügliche Verpflichtungen des Theatervertrages zu erinnern."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Es ist gewiß erfreulich, daß der Gemeinderat für Zwecke der Arbeitslosenfürsorge den angesetzten Betrag von 20.000 K widmen will. Die gegenwärtige Form, daß der Staat in der Höhe des Krankengeldes an Arbeitslose Unterstützungen leistet, wird sich jedoch auf die Dauer nicht halten lassen. Es wird sich in der Zukunft darum handeln, daß die ganze Bevölkerung in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mitwirkt und wird es auch manchen begreiflich gemacht werden müssen, daß sie sich auf eine Fortdauer dieser Unterstützung nicht verlassen können, sondern trachten müssen, in Hinkunft so wenig als möglich dieser öffentlichen Fürsorge zur Last zu fallen. Bei dieser Gelegenheit muß ich darauf aufmerksam machen, daß die Unterbringung der Arbeitsvermittlungsstelle in der Artilleriekaserne zu Störungen in der gesellschaftlichen Ordnung geführt hat und dringend Abhilfe nötig erscheint. Ich weiß ja, daß Herr Stadtamtsrat in dieser Hinsicht ein sehr schweres Amt hat und wird sich sicher Gelegenheit geben, durch die gesammelten Erfahrungen in der Beschwerdekommission eine Erleichterung bringen."

Herr Bürgermeister: „Das Arbeitsvermittlungsamt wurde seinerzeit in der Enge errichtet, konnte jedoch keineswegs auf einen so großen Andrang, wie ihn die dabei nicht vorgesehene Arbeitslosenfürsorge mit sich bringt, berechnet werden. Die Unterbringung in der Artilleriekaserne ist aber nur ein Notbehelf, da andere Räume durchaus nicht aufzutreiben sind. Für Zwecke der gewöhnlichen Arbeitsvermittlung sind aber die Räume in der Enge gewiß ausreichend."

Erfordernis. IX. Militärangelegenheiten.	Antrag für das Jahr 1919
1. Auslagen für Heeresergänzung	1.000 K
2. Kosten der Militärbequartierung	20.000 „
3. Militärvorspannbeitrag	— „
4. Kaserngebäudeerhaltung	50.000 „
5. Kaserngebäude, Zu- und Umbauten	— „
6. Steuern und Umlagen der Exerzierplätze	2.400 „
7. Versicherungsgebühren	1.170 „
8. Verschiedene Ausgaben	100 „
9. An Sparkasse Steyr für Jägerkasernschuld	22.720 „
10. „ Landeshypothekenanstalt Linz für Artilleriekasernschuld	122.897 „
11. An Auslagen für die Volkswehr	5 000 „
12. „ Reserve der Stadtkasse für den Zubau zur Jägerkaserne	— „
Summe	225 287 K

Bedeckung. IX. Militärangelegenheiten.	Antrag für das Jahr 1919
1. Beiträge des Aerars für Militärbequartierungen	10.000 K
2. Bestandzins für die Artilleriekaserne	109.303 „
3. „ „ „ Jägerkaserne	21.481 „
4. Landesbeitrag	27.483 „
5. Verschiedene Einnahmen	200 „
6. Einnahmen für die Volkswehr	5.000 „
Summe	173.467 K

Erfordernis. X. Armenwesen.	Antrag für das Jahr 1919
1. Zuschuß aus der Stadtkasse	107.000 K
Summe	107.000 K

Bedeckung. X. Armenwesen.	Antrag für das Jahr 1919
1. Anteil am Reingewinn der Sparkasse Steyr	— K
2. Lustbarkeitsabgabe	25.000 K
Summe	25.000 K

Erfordernis. XI. Verschiedenes.	Antrag für das Jahr 1919
1. Oeffentliche Festlichkeiten	500 K
2. Vereins- und Unterstützungsbeiträge	8.000 „
3. Arbeitslosenfürsorge	20 000 „
4. Für unvorhergesehene Auslagen und Sonstiges	20.000 „
5. Zuschuß an das öffentliche Krankenhaus	142.593 „
6. „ „ „ 10-Millionen-Kronen-Anlehen	44 550 „
7. Kassevorschuß an das öffentliche Krankenhaus	— „
8. Zur Ausgestaltung des Krankenanstaltswesens	250.000 „
Summe	485 643 K

Bedeckung. XI. Verschiedenes.	Antrag für das Jahr 1919
1. Kassevorschußrückstand des Allg. Krankenhauses	— K
2. Verschiedene andere Einnahmen	500 „
3. Rückersätze aus dem 10-Millionen-Kronen-Anlehen	— „
Summe	500 K

Erfordernis. XII. Gemeindebesteuerung.	Antrag für das Jahr 1919
1. Rücklage für die Umlagenausfallreserve	230 000 K
2. Entschädigung an die Gemeinde St. Ulrich für die Gebietsabtretung	6.000 „
3. Entschädigung an die Gemeinde St. Ulrich für den Umlagenentgang	1.370 „
4. Umlagen-Rückvergütungen	1 000 „
5 Rückvergütungen für Bierausfuhr u Schwendung	1.000 „
6. Ueberwachungskosten der Bier- und Spirituosen-einfuhr	1.000 „
Summe	240.370 K

Bedeckung. XII. Gemeindebesteuerung.	Antrag für das Jahr 1919
1. Verzugszinsen	1.500 K
Summe	1 500 K

Herr G.-R. Bachmayr: „Zu Rubrik XII Post 2 u. 3 möchte ich bemerken, daß diese Post eine alljährlich wiederkehrende somit dauernde Belastung unseres Budgets bildet. Wir haben heute gehört, daß für Steyr 7 magere Jahre zu erwarten stehen, in welchen uns also diese jährliche Belastung besonders drücken wird. Ich würde daher anregen, diese Post durch Hinterlegung eines entsprechenden Kapitales überhaupt abzustoßen, zu welchem Zwecke sich die Finanzsektion mit dem Studium der Frage beschäftigen möge."

Zu dieser Anregung sprechen die Herren Gemeinderäte Kirchberger, Herr Bürgermeister und Herr G.-R. Prof. Erb, worauf beschlossen wird, die Angelegenheit der Finanzsektion zur Beratung und Antragstellung zu überweisen.

Erfordernis. XIV. Armeninstitut.	Antrag für das Jahr 1919
1. Kosten der regelmäßigen Armenbeteilung	60.000 K
2. Bekleidungskosten der Ortsarmen	8.000 „
3. Kosten der Handbeteilung	200 „
4. Erziehungsbeiträge für das Waisenhaus und die Schutzanstalt für die Gemeindepfleglinge	9.000 „
5. Unterstützungsvorschüsse für fremde Arme	14.000 „
6. Momentane Unterstützungen an hiesige Arme	6.000 „
7. Krankheitskosten für in Kranken- und Irrenhäusern behandelte hiesige Arme	15.000 „
8. Verpflegskosten für Arme im Verpflegshause	40.000 „
9. Verpflegskosten in den Versorgungshäusern (Herrenhaus und Lazarethaus)	8.000 „
10. Begräbniskosten für Arme	1.275 „
11. Verschiedene andere Ausgaben	1.925 „
12. Gebäudeerhaltungskosten	4 000 „
13. Unterstützungen gegen Rückvergütung aus dem staatlichen Unterhaltsbeitrage	70.000 „
Summe	237.400 K

Bedeckung. XIV. Armeninstitut.	Antrag für das Jahr 1919
1. Interessen von den Aktivkapitalien per 187.000 K	7.900 K
2. Interessenbarschaft des Armenverpflegsfondes	7.700 „
3. Geschenke	1.250 „
4. Gerichtliche und polizeiliche Strafgelder	6.000 „
5. Jagdkarten, Baubewilligungsabgaben u. Lizenzen	1.000 „
6. Hundesteuer	6.000 „
7. Rückersätze an Beteilungs-, Verpflegs- und Begräbniskosten von Steyrer Armen und aus Verlassenschaften refundierte Unterstützungen	4.400 „
8. Rückersätze der gleichen Kosten seitens fremder Gemeinden	14.000 „
9. Interessen aus Stiftungen, u. zw.: Ludwig Werndl-, Philomena Heindl-, August u. Anna Schrader- und Haratzmüller-Stiftung	2.040 „
10 Beitrag vom Milden Versorgungsfond und von Stiftungen	5.460 „
11. Ergebnis der jährlichen Sammlung	4 000 „
12. Verschiedene andere Einnahmen	650 „
13. Zuschuß aus der Stadtkasse	107.000 „
14. Rückersätze aus d. staatlichen Unterhaltsbeiträgen	70 000 „
Summe	237.400 K

Erfordernis. XV. Milder Versorgungsfond.	Antrag für das Jahr 1919
1. Für geistliche Stiftungen	257 „
2. Kosten der Pfründenbeteiligung	6.800 „
3. Beheizung in den Unterstandshäusern 4. Beleuchtung in den Unterstandshäusern 5. Reinigung in den Unterstandshäusern	1.680 „
6. Beitrag an das Armeninstitut für Krankenverpflegung	5.104 „
7. Begrabniskosten für Pfründner	45 „
8. Steuern, Versicherungsgebühren und Bestallung der Obmänner	1.130 „
9. Gebäudeerhaltung der Unterstandshäuser	1.600 „
10. Gebäudeerhaltung (Eyermann- und Scherer-haus) samt Steuern	900 „
11. Messeleser im Bruderhaus	400 „
12. Kosten einer Leibrente	384 „
13. Verschiedene andere Ausgaben	200 „
14. Hypothekardarlehenszinsen	664 „
Summe	19.164 „

Bedeckung. XV. Milder Versorgungsfond.	Antrag für das Jahr 1818
1. Interessen aus den Aktivkapitalien per 384.240 K	15.486 K
2. Gestiftete Beiträge	186 „
3. Ertrag der Gebäude und Gärten	3.200 „
4. Leibrentenhälfteersatz	192 „
5. Verschiedene Einnahmen	100 „
Summe	19.164 K

Erfordernis. XVI. Stiftungen.	Antrag für das Jahr 1919
1. Stiftungen, Legate und Pfründen	59.340 K
Summe	59.340 K

Bedeckung. XVI. Stiftungen.	Antrag für das Jahr 1919
1. Interessen von 76 Stiftungen und Legaten per 1,456.000 K	59,340 K
Summe	59.340 K

Herr G.-R. Kirchberger: „Es ist höchste Zeit, daß das Armenwesen unserer Stadt einer gründlichen Reform unterzogen wird. Wir haben eine Menge von Häusern und Einrichtungen, in welchen die Betreuung und Verköstigung der dort untergebrachten Armen gänzlich verschieden und meist sehr schlecht ist. Es schaut sich niemand mehr um. Es soll daher die IV. Sektion eine Zentralisierung erwägen; zur Führung aller dieser Einrichtungen sollen Schwestern bestellt werden, die sich um die Leute annehmen. Auch die ärztliche Behandlung in den Armen- und Unterstandshäusern läßt viel zu wünschen übrig. Redner stellt den Antrag, die IV. Sektion werde beauftragt, dem Gemeinderate ehestens wegen Zentralisierung und Verbesserung des Armenwesens Vorschläge zu erstatten."

Herr G.-R. Chalupka schließt sich diesen Ausführungen vollkommen an und Herr G.-R. Prof. Goldbacher beklagt sich, daß die Sammelbögen für die Armenspenden bis jetzt vom Hause Bismarckstraße 12 noch nicht abgeholt wurden."

Hierauf leitet der Herr Vorsitzende über den Antrag des Herrn G.-R. Kirchberger die Abstimmung ein.

Der Antrag wird vom Gemeinderate einstimmig angenommen.

Erfordernis. XVII. Armenhausbaufond.	Antrag für das Jahr 1919
1 Leibrente an Frau Blaschke in Graz und Anna Altbacher in Steyr	— K
2. Hinterlegung des Ueberschusses in die hiesige Sparkasse	6 700 „
Summe	6.700 K

Bedeckung. XVII. Armenhausbaufond.	Antrag für das Jahr 1919
1. Interessen von den Stiftungskapitalien per 162.400 K	6.700 K
Summe	6.700 K

Erfordernis. XVIII. Armenverpflegsfond.	Antrag für das Jahr 1919
1. Abfuhr der Jahresinteressen an das Armeninstitut für Bestreitung der Verpflegskosten im Armenverpflegshause	7.700 K
Summe	7.700 „

Bedeckung. XVIII. Armenverpflegsfond.	Antrag für das Jahr 1919
1. Interessen vom Stiftungskapitale per 189.000 K	7.700 K
Summe	7.700 K

Erfordernis. XIX Oeffentliches Krankenhaus.	Antrag für das Jahr 1919
1. Personalauslagen	90.000 K
2. Verpflegskosten	138 650 „
3. Arzneikosten, Verbandstoffe und Utensilien	50.000 „
4. Instrumentenkosten	10.000 „
5. Beheizung	70 000 „
6. Beleuchtung und Kraft	8.000 „
7. Einrichtung	20.000 „
8. Reinigung	5.000 „
9. Wäscheanschaffung und Reinigung	30.000 „
10. Gebäudeerhaltung	8.000 „
11. Gartenerhaltung	1.000 „
12. Begräbniskosten	— „
13. Kanzleiauslagen	5.000 „
14. Verschiedene andere Auslagen	10.000 „
15. Getränkebeistellung	3.000 „
16. Zinsen u. Kapitalsabzahlung für das Kommunaldarlehen per 338.000 K (Restschuld K 334.444·02)	16.043 „
17. Kassevorschußrückstand an die Stadtkasse	— „
18. Voraussichtliche Mehrauslagen	30.000 „
Summe	494.693 K

Bedeckung. XIX. Oeffentliches Krankenhaus.	Antrag für das Jahr 1919
1. Verpflegsgebühren	342.000 K
2. Einnahmen für Röntgen-Aufnahmen, Bäder, Arzneikostenersätze	9.600 K
3 Verschiedene Rückersätze	500 „
4. Zuschuß aus der Stadtkasse	142.593 „
5. Kassevorschuß aus der Stadtkasse	— „
Summe	494.693 K

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich will über das Krankenhaus nicht viel Worte verlieren, da die eingesetzten Beträge wirklich den Bedürfnissen entsprechen. Außerdem wird die Krankenhauskommission in einer der nächsten Sitzungen einen ausführlichen Bericht über die Bedürfnisse des Krankenhauses überreichen. Ich möchte nur darauf aufmerksam machen, daß wir zur Ausgestaltung des Krankenanstaltswesens einen Betrag von 250.000 K angesprochen haben, welcher Betrag eben zu den von der Krankenhauskommission zu beantragenden Beschaffungen unbedingt erforderlich ist."

Herr G.-R. Karl: „Herr G.-R. Kirchberger hat bereits die Absicht der Krankenhauskommission erwähnt und will ich nur die Frage an Herrn Bürgermeister stellen, ob es nicht angezeigt wäre, daß die Leitung des St. Anna-Spitales darauf aufmerksam gemacht würde, daß bei Aufnahme von Kranken auch die nächsten Angehörigen verständigt werden. Es hat sich ein Fall ereignet, daß eine Kranke mit Tod abgegangen und die Verwandten nicht verständigt werden konnten. Es ist nur mir als den Dienstgeber dieser Verstorbenen die Post geschickt worden, daß das Mädchen gestorben ist und damit war die Sache erledigt. Auf meine Frage, was es mit den Kleidern ist, hat die Schwester die Antwort gegeben, die Verstorbene hätte ihr alles vermacht. Ich war hierüber erstaunt und bezweifle, daß hier eine rechtsgiltige Schenkung vorliegt. Ich bin dann auf die Rückgabe der Kleider gedrungen, was schließlich auch geschehen ist. Ich glaube, daß solche Anmaßungen absolut nicht passen. Dann wurde auch ein Wunsch geäußert, daß schwache Kranke von den vielen Beten befreit werden mögen. In dieser Hinsicht soll gleichfalls ein Zwang vorliegen und ersuche ich diesbezüglich um Abhilfe."

Herr Bürgermeister: „Dies ist eine reine Verwaltungssache des Krankenhauses und möchte ich die Verwaltung ersuchen, hier abhelfend einzugreifen."

Herr G.-R. Kirchberger: „Der von Herrn G.-R. Karl angeführte Fall ist mir nicht bekannt, ich kann aber sagen, daß bei jeder Aufnahme eines Kranken derselbe sofort in der Aufnahmskanzlei nach seinen genauen Familiendaten usw. befragt wird, damit in Todesfällen sofort eine Verständigung der nächsten Angehörigen erfolgen kann. Ausnahmsfälle gibt es nur bei solchen Kranken, die vermöge der vorgeschrittenen Krankheit nicht mehr im Stande sind, irgend welche Auskunft zu geben und es daher der Hoffnung auf jene Zeit überlassen bleiben muß, wo der Kranke sich soweit erholt hat, um die notwendigen Angaben machen zu können. Die Aufnahme der Daten des Erkrankten liegt ja schon im Interesse des Krankenhauses selber, weil es doch die Verpflegsgebühren hereinbringen muß. Ueber den von Herrn G.-R. Karl angezogenen Fall werde ich mich eingehend erkundigen. Den Vorwurf eines Zwanges zu religiösen Uebungen halte ich auch nicht stichhältig und werde mich aber jedenfalls in dieser Hinsicht erkundigen; weiß aber bestimmt, daß von einem Zwange keine Rede sein kann. Die Schwestern erfüllen nach ihrem Ordensvorschriften ihre Pflichten, insbesondere dann, wenn ihnen das Leben des Kranken so gefährdet erscheint, daß sie ihm zusprechen, sich versehen zu lassen. Dies ist aber kein Zwang, sondern eine nach den Vorschriften für die Schwestern bestimmte Pflichterfüllung."

Herr G.-R. Prof. Brand: „Ich möchte dazu erwähnen, daß eine Schwester nach dem Ordensstatut überhaupt keine Schenkung oder Erbschaft annehmen darf. Eine Schenkung oder Erbschaft könnte nur der Orden annehmen, eine Schwester darf dies aber absolut nicht."

Herr Vizebürgermeister Wokral: „Ich kann sagen, daß wiederholt aufmerksam gemacht wurde, daß einzelne Schwestern kein besonderes Gefühl an den Tag legen und denjenigen Kranken, die sich nicht an den religiösen Uebungen beteiligen, sehr lieblos entgegenkommen. Vor kurzem erst sei ein Fall verzeichnet worden, daß ein Schwerkranker, der sich nicht bereit gefunden hat, die letzte Oelung zu empfangen, (Zwischenruf: dürfte richtig Versehung sein) den vorgeschriebenen Wickel nicht erhalten hat. Die Spitalsverwaltung trifft hieran keine Schuld und keine Verantwortung. Ich meine, daß in der religiösen Uebung kein Zwang ausgeübt werden darf. Soweit ich aber informiert bin, hat man sich um diesen Kranken, den man früher mit Liebe behandelte, dann nicht mehr gekümmert."

Erfordernis. XX. 10-Millionen-Kronen-Anlehen.	Antrag für das Jahr 1919
I. Investitionen:	
1. Für Inkorporierung	54.214 K
2. „ Häuserverkauf	— „
3. „ Grundkauf	— „
4. „ Fäkalienabfuhr	— „
5. „ Kehrichtabfuhr	— „
Summe	54.214 K

Bedeckung. XX. 10-Millionen-Kronen-Anlehen.	Antrag für das Jahr 1919
I. Abhebung vom Darlehen	55.000 K
Summe	55.000 K

Summe .	54.214 *K*
II. Laufende Ausgaben:	
1. Inkorporierungsauslagen	30.000 „
2. Für Gebäude	1.500 „
3. „ Gründe	50 „
4. „ Fäkalienabfuhr	5.000 „
5. „ Kehrichtabfuhr	28.000 „
Summe .	64.550 *K*
III. Zinsen und Kapitalsabzahlung.	13.538 „
IV. Auf Kapitalisierung	578 „
V. Abfuhr an die Stadtkasse	— „
Gesamtsumme .	132.880 *K*

Summe .	55.000 *K*
II. Laufende Einnahmen:	
1. Gemeindeumlagen und Zinsheller*) .	— „
2. Einnahmen von Gebäuden	2.830 „
3. „ „ Gründen	1.500 „
4. Gebühren für die Fäkalienabfuhr und sonstige Einnahmen	5.000 „
5. Gebühren für die Kehrichtabfuhr und sonstige Einnahmen	24 000 „
Summe .	33.330 *K*
III. Interkalarzinsen	— „
IV. Bare Kapitalserhebung	— „
V. Zuschuß aus der Stadtkasse . . .	44 550 „
Gesamtsumme .	132 880 *K*

*) Scheinen bei der Stadtkasse unter „Bedeckung des Abganges" auf.

Erfordernis. Zusammenstellung.	Antrag für das Jahr 1919
I. Gemeindevermögen	592.739 *K*
II. Gebäude- und Grundbesitz	94 917 „
III. Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte .	19.806 „
IV. Gemeindeverwaltung	423 191 „
V. Sicherheitswesen	282.255 „
VI Oeffentliche Arbeiten	604.947 „
VII. Gesundheitswesen und städtische Lebensmittelversorgung	5,032.884 „
VIII. Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft	194 302 „
IX. Militärangelegenheiten	225.287 „
X. Armenwesen	107.000 „
XI. Verschiedenes	485 643 „
XII. Gemeindebesteuerung	240 370 „
Summe des Erfordernisses .	8,303 341 *K*
Summe der Bedeckung .	5,902 503 „
ergibt einen Abgang von	2,400.838 *K*

Bedeckung. Zusammenstellung.	Antrag für das Jahr 1919
I. Gemeindevermögen	528.927 *K*
II. Gebäude- und Grundbesitz	42.200 „
III. Marktwesen, Gefälle und nutzbare Rechte .	16 311 „
IV. Gemeindeverwaltung	7 600 „
V. Sicherheitswesen	4.100 „
VI. Oeffentliche Arbeiten	72 600 „
VII. Gesundheitswesen und städtische Lebensmittelversorgung	5,002.600 „
VIII. Kultus, Unterricht, Kunst und Wissenschaft	27 698 „
IX. Militärangelegenheiten	173.467 „
X. Armenwesen	25.000 „
XI. Verschiedenes	500 „
XII. Gemeindebesteuerung	1.500 „
Summe der Bedeckung .	5,902.503 *K*

Herr Referent Kirchberger bringt hierauf die Zusammenstellung zum Vortrage, welche sich in der Rubrik VIII für die Aktion „Kinder aufs Land" um 10.000 *K* erhöht.

Die Zusammenstellung bezw. die Posten der Rubrik I—XX

mit dem Erfordernisbetrage von	8,313.341 *K*
und einer Bedeckung von	5,902 503 „
somit mit einem Abgang von	2,410.838 *K*

wird vom Gemeinderate angenommen und in die Beratung der Bedeckung dieses Abganges eingetreten.

Zur Bedeckung dieses Abganges werden beantragt:

1. **Zuschläge zu den direkten Steuern** von einem Steuerbetrage per 2,300.000 *K* im Ausmaße von 100 % . . . . . (wovon 10 % zur Schaffung der Umlagenausfallreserve zu verwenden sind);	2,300.000 *K*
2. **Umlagen auf den richtiggestellten Mietzins**, u. zw.: bis 200 *K* mit 4 %, bis 400 *K* mit 7 % und über 400 *K* mit 10 %	120.000 „
3. **Verbrauchsumlage auf Bier** mit 2 *K* vom hl	10 000 „
4. **Verbrauchsumlage auf gebrannte geistige Flüssigkeiten** mit 4 *K* vom hl . . .	1 500 „
5. **Verzehrungssteuerzuschläge** auf Wein, Obstmost und Fleisch mit 30 % von dem Verzehrungssteuerabfindungsbetrage der hiesigen Wirte und Fleischer im Abfindungswege .	12.000 „
Zusammen .	2,443.500 *K*
Gegenüber dem zu bedeckenden Erfordernis per .	2,410.838 *K*
Ein Abgang (pro 1918), bezw. ein Ueberschuß (pro 1919) von	32 662 *K*

Herr G.-R. Mayr: „Ich habe schon in der Präliminarkommission darauf hingewiesen, daß zufolge der Steuerleistung der Waffenfabrik ein Betrag von rund 4,700.000 *K* als Reservefond in Rückstellung gebracht wurde, welcher es ermöglicht, die bisherige Gemeindeumlage von 100 % überflüssig erscheinen zu lassen, bezw. die Verminderung dieses Umlagenperzentes ermöglichen würde. Ich stehe jetzt noch auf den gleichen Standpunkt und werde mich bei der Abstimmung über die Bedeckung des Abganges der Stimmenabgabe enthalten."

Herr G.-R. Kirchberger: „Ich möchte hiezu folgende sehr beachtenswerte Worte sagen. Die angeblichen Ueberschüsse, die trotzdem die Beibehaltung der 100 % Umlagen rätlich erscheinen lassen, sind eigentlich keine solchen, sondern dazu geschaffen, die bisher zurückgestellten Arbeiten, Bauführungen und dergleichen ausführen zu können. Ich erinnere nur an den Infektionspavillon, das Schlachthaus, Schulenbauten, Wasserleitung und Kanalisierung, für welche dieser sogenannte Ueberschuß verschwindend klein wird Auch aus anderen Gründen ist von einer Aenderung der bisherigen Umlagenbasis abzuraten, so empfehlenswert es für die Steuerträger wäre. Wir müssen aber mit folgendem Umstand rechnen: Der Krieg ist zu Ende und auch die großen Steuerleistungen der Waffenfabrik haben ihr Ende gefunden Wir wissen nicht, wie die Verhältnisse Steyrs in der kommenden Zeit sich gestalten werden. Herr G.-R. Prof. Erb hat ganz richtig von den 7 fetten und 7 mageren Jahren gesprochen. Wir müssen vorausschauen und uns für die mageren Jahre eine Reserve schaffen. Sparen muß man, wenn man etwas besitzt, wenn wir nichts besitzen, gibt es kein Sparen mehr. Wenn wir heute mit dem Umlagenperzent heruntergehen, kann der Fall eintreten, daß wir schon im nächsten Jahre, wo die Ausführung nur einiger der vorangeführten Bauten zur Notwendigkeit werden wird, mit den Umlagen auf 200 ja auf 300 % hinaufgehen müßten Die Auslagen der Gemeinde sind ins kolossale gestiegen. Der Haushalt in der Gemeindeverwaltung verschlingt allein rund 800 000 *K* und doch können wir von diesen Ausgaben nichts verringern. Ich möchte daher in Rücksichtnahme auf die der Stadt auferlegten Investitionsbauten bitten, sich dem Antrage der Finanzsektion, einer 100 %igen Umlage zur Bedeckung zuzustimmen, anzuschließen."

Herr Bürgermeister: „Ich lasse über den Bedeckungsantrag abstimmen und stelle fest, daß mehr als zwei Drittel der Herren Gemeinderäte anwesend sind.

Der Bedeckungsantrag wird vom Gemeinderate mit großer Mehrheit angenommen.

Herr Bürgermeister: „Ich stelle fest, daß mehr als zwei Drittel der anwesenden Herren Gemeinderäte und zwar mehr als 19 Stimmen für den Bedeckungsantrag gestimmt haben.

Wünscht einer der Herren noch das Wort? Es ist dies nicht der Fall.

Meine sehr geehrten Herren! Wir sind heute das letztemal in diesem Jahre in öffentlicher Sitzung versammelt. Das abgelaufene Jahr war ein ungemein ereignisreiches, ein geschichtlich denkwürdiges. Seine zweite Hälfte hat die große Umwälzung mit sich gebracht, deren Zeuge wir alle waren. Wir können mit Genugtuung sagen, daß die Erschütterungen, die bis zu uns

herüberreichten, hier wenigstens nicht schädigende waren und die Ruhe und Ordnung im wesentlichen aufrecht erhalten, der geregelte Gang der Gemeindeverwaltung und des öffentlichen Lebens nicht gestört wurde. Dieser Erfolg ist dem einträchtigen Zusammenarbeiten aller Parteien zu danken. Ich kann auch mit Befriedigung feststellen, daß das Zusammenarbeiten im gegenwärtigen provisorischen Gemeinderate der Stadt ein durchaus sachliches und ruhiges war. Ich hoffe, daß dies so weiter bleiben wird Dies ist ja zur ungestörten Erledigung der Gemeindegeschäfte unbedingt notwendig.

Meine Herren! Der Krieg ist zu Ende, wir blicken einer friedlichen Zukunft entgegen. Schwer sind noch die Lasten, die auf uns ruhen; insbesondere die Bevölkerung ist heute noch schwer bedrückt von den Ernährungsverhältnissen unter denen sie leidet. Wir können aber der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, daß nunmehr, nachdem das große Ringen beendet ist, eine Besserung in diesen Lebensverhältnissen eintreten wird, und drücken auch die Hoffnung aus, daß die uns noch bevorstehenden Lasten nicht allzuschwer und erdrückend sein werden. Ich bitte, im kommenden Jahre so fleißig wie bisher an den Gemeindegeschäften mitzuarbeiten und mitzuhelfen, daß die Stadtgemeinde Steyr die Kriegsfolgen nicht zu schwer treffen, bezw. wenn sie uns treffen, möglichst abgeschwächt werden. In diesem Sinne und in der Erwartung, daß das Jahr 1919 für die Stadt Steyr kein unglückliches, sondern zum Wohle aller ihrer Bewohner ein glückliches werde, wünsche ich Ihnen ein gutes neues Jahr!"

Allgemeine Zurufe: Heil Neujahr!

Hierauf erfolgt um 5 Uhr 55 Min. Schluß der Sitzung.

Der Vorsitzende:

Gruberich

Die Beglaubiger:

L. Erb m. p.

Paul Feuchtner m. p.

Der Schriftführer:

C. Ridler

Zusammenstellung der Personalauslagen.

Beamte: Verwaltung 129.178 K, Sicherheit 6648 K, öffentliche Arbeiten 36 234 K, Gesundheitswesen 26 884 K, Unterricht 30.000 K, Krankenhaus 34 979 K, Wirtschaftsamt 7020 K, Mauten 3000 K, zusammen 273.943 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 132 244 K, Aktivitätszulagen 21.996 K, Quartiergelder 2336 K, Teuerungszulagen 101.032 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 10 860 K, Naturalverpflegung 5475 K, zusammen 273.943 K.

Hilfskräfte: Verwaltung 50.155 K, öffentliche Arbeiten 12.713 K, Krankenhaus 7844 K, Mauten 10.000 K, zusammen 80.712 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 56 043 K, Teuerungszulagen 18.385 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 4240 K, Naturalverpflegung 2044 K, zusammen 80.712 K.

Diener: Verwaltung 16.176 K, Sicherheit 8330 K, Unterricht 17.302 K, Krankenhaus 33 925 K, zusammen 75 733 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 38 184 K, Aktivitätszulagen 3426 K, Teuerungszulagen 27.983 K, Personalzulagen und besondere Gebühren 72 K, Naturalverpflegung 5708 K, Amtskleidung 360 K, zusammen 75.733 K.

Wachmannschaft: Sicherheit 67.033 K, zusammen 67.033 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 27.500 K, Aktivitätszulagen 4777 K, Quartiergelder 900 K, Teuerungszulagen 29.256 K, Personalzulagen und besondere Gebühren 2600 K, Amtskleidung 2000 K, zusammen 67.033 K.

Reservewache: Sicherheit 28.000 K, zusammen 28.000 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 23 075 K, Teuerungszulagen 3672 K, Amtskleidung 1253 K, zusammen 28.000 K.

Arbeiter: Oeffentliche Arbeiten 146 640 K, zusammen 146.640 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 138.640 K, Teuerungszulagen 8000 K, zusammen 146 640 K.

Pensionen: Verwaltung 70 882 K, Krankenhaus 13.252 K, zusammen 84.134 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 58.410 K, Teuerungszulagen 25.724 K, zusammen 84 134 K

Quartiergelder der Lehrkräfte: Unterricht 50.000 K, zusammen 50.000 K; hievon auf Quartiergelder 50.000 K, zusammen 50.000 K.

Summe: Verwaltung 266 391 K, Sicherheit 110.011 K, öffentliche Arbeiten 195.587 K, Gesundheitswesen 26 884 K, Unterricht 97.302 K, Krankenhaus 90.000 K, Wirtschaftsamt 7020 K, Mauten 13.000 K; Zusammen 806 195 K; hievon auf Gehalt oder Lohn 474 096 K, Aktivitätszulagen 30.199 K, Quartiergelder 53.236 K, Teuerungszulagen 214.052 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 17.772 K, Naturalverpflegung 13.227 K, Amtskleidung 3613 K, zusammen 806.195 K.

Verwaltung: Gehalt oder Lohn 146.570 K, Aktivitätszulagen 13.794 K, Quartiergelder 1252 K, Teuerungszulagen 89.935 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 14.600 K, Amtskleidung 240 K, zusammen 266.391 K.

Sicherheit: Gehalt oder Lohn 55.935 K, Aktivitätszulagen 5767 K, Quartiergelder 900 K, Teuerungszulagen 41.556 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 2600 K, Amtskleidung 3253 K, zusammen 110.011 K.

Arbeiten: Gehalt oder Lohn 166.868 K, Aktivitätszulagen 3666 K, Quartiergelder 1084 K, Teuerungszulagen 24.029 K, zusammen 195.587 K.

Gesundheitswesen: Gehalt oder Lohn 11.500 K, Aktivitätszulagen 2736 K, Teuerungszulagen 12.648 K, zusammen 26.884 K.

Unterricht: Gehalt oder Lohn 28 124 K, Aktivitätszulagen 2358 K, Quartiergelder 50.000 K, Teuerungszulagen 16.320 K, Personalzulagen und besondere Gebühren 500 K, zusammen 97.302 K.

Krankenhaus: Gehalt oder Lohn 48.379 K, Aktivitätszulagen 1938 K, Teuerungszulagen 26 264 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 72 K, Naturalverpflegung 13.227 K, Amtskleidung 120 K, zusammen 90.000 K.

Wirtschaftsamt: Gehalt oder Lohn 4800 K, Teuerungszulagen 2220 K, zusammen 7020 K.

Mauten: Gehalt oder Lohn 11 920 K, Teuerungszulagen 1080 K, zusammen 13.000 K.

Summe: Gehalt oder Lohn 474.096 K, Aktivitätszulagen 30.199 K, Quartiergeld 53.236 K, Teuerungszulagen 214.052 K, Personalauslagen und besondere Gebühren 17 772 K, Naturalverpflegung 13.227 K, Amtskleidung 3613 K, zusammen 806.195 K.

Stadtbuchhaltung Steyr

am 13. November 1918.

Markut m. p.

Die Richtigstellungen auf Seite 8 u. 9. sind amtlich erfolgt.
Steyr, am 22. Februar 1919
Der Bürgermeister:
Gruberich